

Elmar Altvater

Die DM ist tot! Es lebe der Euro!?

Die 50jährige Geschichte der DM und die Perspektiven des Euro

Vorbemerkung: Im Jahre 1988 haben Kurt Hübner und ich in der PROKLA 73 einen Text zum 40. Jahrestag der DM unter dem Titel »Das Geld einer mittleren Hegemonialmacht – Ein kleiner Streifzug durch die ökonomische Geschichte der BRD« publiziert. Solange es um die Identifizierung der großen Linien der Entwicklungsgeschichte der BRD nach dem Zweiten Weltkrieg und um die Rolle geht, die Geld und Geldpolitik in der Währungskonkurrenz gespielt haben, ist dem damaligen Text – soweit es bei einem bloßen »Streifzug« bleiben soll – auch heute nichts hinzuzufügen. Freilich wurde darin nicht vorhergesehen, daß knapp zwei Jahre später im Jahre 1990 die beiden im Jahre 1988 noch durch tiefe Gräben getrennten zwei Deutschlands eine Währungsunion schließen würden, die das Ende der DDR wenige Monate nach dem 2. Juli bedeutete. Es zeichnete sich 1988, zwei Jahre nach der Einheitlichen Europäischen Akte von 1986, zwar schon der Versuch ab, eine europäische Währungsunion vorzubereiten; die ersten Versuche datieren ja bereits aus dem Jahr 1969. Aber daß 1991 in Maastricht mit diesem Vorhaben Ernst gemacht wurde und dieses zum 1.1.1999 Wirklichkeit werden könnte, war im Jahre 1988 bestenfalls Zukunftsmusik. 50 Jahre nach der Währungsreform vom 20. Juni 1948, aus der die DM wie Phönix aus der Asche hervorging, ist also ihr Verschwinden von der Szene, auf der die globale Währungskonkurrenz ausgetragen wird, angesagt. Die deutsche Währungsunion von 1990 geht in der größeren von 1999 auf. Dies alles sind stichhaltige Gründe, Rückschau auf die Geschichte der DM und die deutsche Währungsunion zu halten, um die Perspektiven der Europäischen Währungsunion klarer ausmachen zu können, also über den Horizont der 1988 publizierten kleinen Geschichte der DM hinauszugehen.

Einleitung

Die DM wird im Juni 1998 50 Jahre alt. Aber bei ihrem Jubiläum gibt es sie eigentlich nicht mehr. Denn im Mai wird die Europäische Währungsunion besiegelt, in der die DM ebenso wie der Franc oder die Lira und der Gulden und andere, »kleinere« Währungen aufgehen. Die Währungsunion von 11 EU-Ländern (ohne Griechenland, das die Maastricht-Kriterien nicht erfüllt und ohne Großbritannien, Dänemark und Schweden, die derzeit gegen die EWWU optieren) soll am 1.1.1999 in Kraft treten; bis zum Jahre 2002 sollen die alten, nationalen Währungen verschwinden und dem Euro defini-

tiv Platz machen. Nach einem halben Jahrhundert »guten Geldes« wird also die DM gegen den Euro ausgewechselt. Ein schlechter Tausch? Er dürfte für die Stabilität der Währung weniger dramatisch sein als es in den vielen besorgten Manifesten kurz vor dem Start der Europäischen Währungsunion zum Ausdruck gebracht wird. Daß die DM ad acta gelegt wird, ist nur Beleg dafür, daß das nationale Geld geopfert wird, wenn es denn Globalisierung und Europäisierung so verlangen. »DM-Nationalisten« sind die auf globalen Märkten spekulierenden Geldvermögensbesitzer nicht, die Gefühlsduseligkeit überlassen sie dem Volke (Ost und West) und einigen Ökonomieprofessoren, die von der Einführung des Euro – mit durchaus ehrenwerten Gründen – nichts halten.

Ein Rückblick auf die Geschichte der DM und ein Ausblick auf die Zeit des Euro sind angebracht. Denn »nichts sagt so deutlich, aus welchem Holz ein Volk geschnitzt ist, als das, was es währungspolitisch tut« (Joseph Schumpeter, zitiert nach Wirtschaftswoche vom 10.6.1988). Wie wahr dieser Satz ist, zeigte sich 1990, als die deutsch-deutsche Währungsunion vom 2. Juli die Weichen in Richtung politischer Einigung stellte, die am 3. Oktober desselben Jahres besiegelt wurde. Die 1948 geschaffene DM war nun das Vehikel der Einigung, fast so wie Ludwig Erhard sich das 1953 vorgestellt hatte: die damals noch »Sowjetzone« genannte DDR sollte in das Währungssystem der DM eingegliedert werden. Dann werde der »unumgänglich notwendige Angleichungsprozeß ... umso rascher und erfolgreicher vor sich gehen ..., je inniger von Anbeginn an die Verflechtung dieser beiden Wirtschaftsgebiete sein wird« (zit. bei Busch 1991: 201). Die Kehrseite der Einigung zur Währungsunion 1990 war die Staatsauflösung; die damals noch existente DDR verlor mit der Verfügung über die nationale Währung auch die politische Souveränität. Sie dankte als Staat ab.

Die Währung ist also ein Vehikel für politische Prozesse, zumindest für deren Beschleunigung wie bei dem Untergang der DDR und der deutschen Einigung im Jahr nach dem Fall der Mauer. Ist auch der Euro ein Vehikel der Einigung, der politischen Integration von bislang souveränen europäischen Nationalstaaten? Die Europäisierung der an der Währungsunion beteiligten Währungen bedeutet ebenfalls deren Entnationalisierung. Die Stärke der Währung in der globalen Währungskonkurrenz spricht eindrucksvoller von der Souveränität des Staates als die Anzahl der mobilisierbaren Divisionen. Das Ende einer nationalen Währung ist daher auch die Ratifizierung des Souveränitätsverlustes des Nationalstaats in Zeiten der Globalisierung. Wird mit der Etablierung des Euro ein Teil der zedierten nationalstaatlichen Souveränität in dem politischen Institutionensystem Westeuropas gebündelt und welche Formen der internen und externen Regulation ergeben sich aus der Herstellung eines Europäischen Währungsraums? Das sind Fragen, auf die eine Antwort versucht werden muß.

1948: Die »blaue Blume des Wirtschaftswunders« fängt an zu blühen

Die ökonomische Entwicklungsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland ist nur zu deuten, wenn man sie – entgegen der deutschen Tradition, in der politische Ökonomie vor allem als »Nationalökonomie« betrieben wird – im Kontext des kapitalistischen Weltsystems analysiert. Nach der verhältnismäßig kurzen »Morgenthau-Phase« US-amerikanischer Deutschlandpolitik, in der das Nach-Nazideutschland als ökonomischer und politischer Faktor der Nachkriegs-Weltordnung ausgeschaltet werden sollte, fällt die Entscheidung für die Integration Westdeutschlands in die sich entwickelnde Arbeitsteilung der westlichen Welt. Der Beginn des Kalten Krieges 1947 gab den letzten Impuls zur Bildung einer antikommunistischen Allianz unter der unbestrittenen Hegemonie der USA. Das Konzept dieses »neuen amerikanischen Jahrhunderts« (Cabot Lodge) war schon als »atlantisches grand design« während des Krieges ausgearbeitet worden. Die kapitalistische Restauration Westdeutschlands und die Integration in ein US-dominiertes kapitalistisches Hegemonialsystem schienen opportune Mittel, um dem Überschwappen sozialistischer Tendenzen nach West- und Mitteleuropa Einhalt zu gebieten. Die vielfältigen mehr oder weniger radikalen Alternativentwürfe für eine nicht-kapitalistische Gesellschaft hatten da keine Chance.

Nicht zufällig erfolgte die ökonomische Rekonstruktion schneller und eher als die politische. Betrachten wir zunächst die Ausgangslage bei den stofflichen Bedingungen der Produktion (Daten zumeist nach Abelshäuser 1983; Altvater/Hoffmann/Semmler 1979). Auf den ersten oberflächlichen Blick schien 1945 das ökonomische Potential Deutschlands zerstört; viele Städte lagen in Schutt und Asche, das Transportsystem war nahezu vollständig zusammengebrochen, die männliche Arbeitsbevölkerung zu Millionen entweder im Krieg gefallen oder am Kriegsende gefangengenommen. Doch der Eindruck täuschte. Denn durch den Krieg sind auf dem Gebiet der alten BRD lediglich 17,4% des Bruttoanlagevermögens (von 1936) zerstört worden. Im gleichen Zeitraum von 1936 bis 1945 haben Bruttoanlageinvestitionen für einen realen Zuwachs in der Größenordnung von 75,3% gesorgt. Rechnet man noch die normalen Abschreibungen (37,2%) ab, dann ist trotz der Kriegszerstörungen der Kapitalstock 1945 um 20,6% größer als 1936. Das hohe Investitionstempo der Nazi-Kriegswirtschaft hat obendrein am Ende des Krieges eine Verjüngung und Modernisierung des Anlagevermögens zur Folge. Ohne gewerkschaftliche Widerstände konnte die deutsche Industrie die neuesten Methoden der Arbeitsorganisation einführen; sie war dazu auch deshalb gezwungen, weil hochqualifizierte Facharbeiter im Krieg fehlten und die Fremd- und Zwangsarbeiter nicht nur wenig kosteten, sondern auch die brutal durchgesetzte stumpfsinnigste, aber für das Kapital effizienteste Arbeitszerlegung hinnehmen mußten.

Auch die Bedeutung der Reparationen und Demontagen wird in der Regel überschätzt. Nach den Unterlagen der Interalliierten Reparationsagentur (IARA) kann davon ausgegangen werden, daß in der britischen und amerikanischen Zone nicht mehr als 3,1% des in der deutschen Industrie investierten Kapitals (gemessen zum Wiederbeschaffungswert) demontiert wurden; lediglich in der französischen Besatzungszone waren die Demontageschäden etwas höher. In der sowjetischen Zone lagen sie im Durchschnitt bei etwa 10%. Trotz der Kriegsverluste war auch das Arbeitskräftepotential nach dem zweiten Weltkrieg größer und von der Qualifikation her im Schnitt besser als vorher. In den drei Westzonen war die erwerbsfähige Bevölkerung von 1939 bis 1948 um 11,4% gewachsen. Hauptgrund für diese Entwicklung war der ständige Zustrom von Flüchtlingen und Zuwanderern aus den ehemaligen Ostgebieten des deutschen Reiches und der SBZ. Fast die gesamten 50er Jahre blieb dieser Zustrom erhalten und sorgte nicht nur für den permanenten Nachschub auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch für einen gehörigen Druck auf die Lohnentwicklung. Für die SBZ und spätere DDR war diese Entwicklung allerdings fatal. Denn sie verlor auf diese Weise an die Westzonen und die spätere BRD hochqualifizierte Facharbeiter, Techniker und Ärzte. Rechnet man die in deren Qualifikationen investierten Kosten der Ausbildung zusammen, so hatte die DDR bis zum Bau der Mauer am 13.8.1961 – wie Fritz Baade herausfand – einen Verlust von ca. 30 Mrd. DM zu tragen, der in der BRD unmittelbar als Gewinn zu Buche schlug.

Produktionsmittel und Arbeitskräfte waren also quantitativ und qualitativ vorhanden, als die Nachkriegsära begann. Die realen Bedingungen der Kapitalakkumulation waren also vergleichsweise gut. Nicht so die monetären Bedingungen der Akkumulation. Denn das Geld des deutschen Reiches war wertlos. Nach innen war das »Reich« infolge der über Schuldverschreibungen und verschiedenste Wertpapierarten finanzierten Kriegsausgaben mit mehr als 400 Mrd. Reichsmark – etwa 95% des gesamten Geldvermögens der Privaten – hoffnungslos überschuldet. Nur ein Sieg in dem von den Nazis angezettelten Krieg hätte Aussichten geboten, die Schulden durch Ausplünderung der besiegten Nationen abzubauen. Davon ist die Welt dank der Intervention der Alliierten verschont worden. Dem Schuldenberg des Reiches entsprach eine Überliquidität des privaten Sektors: Im Frühjahr 1947 beträgt das Geldvolumen etwa 173 Mrd. RM, dem ein Volkseinkommen von geschätzten 50 Mrd. RM gegenübersteht. Infolge der gleichzeitig geltenden Bewirtschaftungsmaßnahmen und des Preisstopps kann das Mißverhältnis zwischen Güter- und Geldversorgung nicht abgebaut werden. Der monetäre Überhang verschafft sich entsprechend Luft in einer Entwertung und dann auch in einer »Repudiation«, einer Ablehnung der Reichsmark durch das Publikum. Der Vernichtungsfeldzug der Nazis durch Euro-

pa führte nicht nur zum Untergang des Nazi-Reiches, sondern auch zum Verschwinden des Geldes der Nazis, der Reichsmark. Es beginnt die Zeit der »schwarzen« und »grauen Märkte«. Durch nichts kann das schmählische Ende des Reiches ausdrucksvoller symbolisiert werden als dadurch, daß an die Stelle der würdigen Reichsmark, mit dem Inbegriff deutscher Staatsherrlichkeit, dem Reichsadler darauf, nun die banale Camel und Pall Mall treten. Ironischerweise hieß eine der meistverbreiteten Zigarettenmarken der Nachkriegsära »Gold Dollar«. Sie war mit ihrer Banderole als Zahlungsmittel beliebter als der Zettel mit den Insignien der staatlichen Souveränität. Vor allem auf den »schwarzen Märkten«, auf denen die ausgepöbelte Bevölkerung sich die Waren für das tagtägliche Überleben zu beschaffen weiß, erfüllen die Zigaretten ihre Funktion blendend. Sie sind ebenso Wertmaßstab wie Zirkulationsmittel. Selbst die offizielle deutsch-amerikanische Tauschzentrale in Frankfurt a.M. nimmt die Zigaretten als Tauschobjekte an und zahlt für eine Packung den zweieinhalbfachen Betrag des eigentlichen Einkaufspreises. Auch die daraufhin einsetzende Steigerung der Zigarettenimporte aus den USA kann den Kurswert dieser Währung nicht beeinträchtigen: »Keine Währung der Welt«, so Günter Schmölders, »hat eine derart wirksame, unerbittliche und zuverlässige Geldmengeregulierung aufzuweisen: Hat das Geld seine Zirkulationsfunktion nämlich erfüllt, kann es seinem ultimativen Zweck zugeführt werden; es verglüht beim Genuß der Raucher zu Asche«. Auf den »grauen Märkten«, auf denen die Unternehmen Produktionsmittel, Ersatzteile und Rohstoffe zu besorgen versuchen, spielt die Zigarette allerdings keine bedeutende Rolle. Hier dominieren Kompensationsgeschäfte, bei denen unter Ausschluß jeglichen Geldes Ware gegen Ware getauscht wird.

Worum geht es bei einer Währungsreform?

Bei einem Währungsschnitt geht es immer um die Beseitigung eines Geldüberhangs, um den Stop einer galoppierenden offenen oder – im Falle administrierter Preise – einer zurückgestauten Inflation. Deren ökonomisch verheerende und sozial und politisch negativen Effekte müssen unter Kontrolle gebracht werden. Grundsätzlich kann ein Geldüberhang auf drei Weisen beseitigt werden:

(1) Es werden die Preise in der Erwartung freigegeben, daß in einer kurzfristig heftigen Anpassungsinflation ein neues, den Geldüberhang absorbierendes Preisniveau erreicht wird. Es darf freilich nur ein Niveausprung der Preise stattfinden und kein dauerhafter inflationärer Prozeß ausgelöst werden. Es gibt jedoch nur wenige historische Fälle, in denen diese Art der Beseitigung eines Geldüberhangs funktioniert hat. (2) Man könnte den Geldüberhang stillzulegen versuchen. Dazu müßten aber dem Publikum attrak-

tive Alternativen zur »Flucht in die Sachwerte« angeboten werden, beispielsweise hochverzinsliche Staatspapiere. Freilich setzt dies voraus, daß der Staat nicht desavouiert und delegitimiert ist, also politisches und ökonomisches Vertrauen genießt. Dies jedoch dürfte gerade in Zeiten beschleunigter Inflation und negativer Realzinsen nicht der Fall sein, ganz abgesehen davon, daß in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg kein deutscher Staat existierte. Die Staatspapiere müßten obendrein sehr hoch verzinslich sein, um attraktiv zu werden. Da die Zinsen aber aus dem Steueraufkommen zu finanzieren wären, wenn nicht sogleich die Inflationsspirale wieder angekurbt werden soll, müßten den Haltern der Staatspapiere die Zinserträge wieder weggesteuert werden, es sei denn, es wird auf diese Weise ein Umverteilungsprozeß zwischen Schichten und Klassen in Gang gesetzt. Es ist jedoch zweifelhaft, ob dieser in einer ökonomisch, sozial und politisch destabilisierten Situation ohne große Konflikte bewältigt werden kann. (3) Wenn diese beiden Methoden der Beseitigung des inflationären Geldüberhangs nicht hinreichend sind, dann bleibt nur die Währungsreform, d.h. die Emission eines neuen Geldes, durch das ein großer Teil der auf die alte Währung lautenden Forderungen entwertet wird. Die Beseitigung des Geldüberhangs ist eine Voraussetzung dafür, daß der Schwarzmarkt unterbunden wird. Das war 1948 so. Etwa 40 Jahre später in der real-sozialistischen DDR (wie in anderen osteuropäischen Ländern auch) nimmt der schwarze Markt den Charakter einer informellen, dualen Ökonomie an, die die beanspruchte und angestrebte Rationalität des Systems der relativen Preise unterminiert. Die Effektivität und Kohärenz der zentralen Planung bleiben dabei auf der Strecke. Die duale Ökonomie kann nur zum Verschwinden gebracht werden, wenn mit einer Währungsreform die im Plan-Preis-System verborgenen Subventionen und Belastungen beseitigt werden. Damit die Waren ihre (relativen) Knappheitspreise auszudrücken vermögen, ist die Herstellung der Knappheit des Geldes notwendig. Die Währungsreform ist daher die Anerkennung des Sachverhalts, daß die Regeln des Geldes eingehalten werden müssen, sofern und solange auf Geld und die Wirksamkeit seiner Funktionen in einer modernen Ökonomie nicht verzichtet werden kann.

Als am 20.6.1948 mit der Währungsreform ein neues Geld geschaffen wird, die Deutsche Mark, erscheinen auf einmal Waren in den Schaufenstern, von denen man vorher meist gar nicht ahnte, daß sie bereits produziert worden waren. Die Währungsreform schuf das Geld der ein Jahr später gegründeten Bundesrepublik Deutschland. Es ist Teil des geschichtlichen Erbes der Bundesrepublik, daß auch die Schaffung des neuen Geldes – ureigentlicher Akt nationaler Souveränität – im wesentlichen von der Hegemonialmacht USA besorgt wird. An Vorschlägen zur Währungsreform besteht in jenen Nachkriegsjahren kein Mangel – rund 250 derartige Pläne,

zum großen Teil aus deutschen Federn – sind nachgewiesen. Auch gibt es harte Streitigkeiten unter den Alliierten über die angemessenen währungs-politischen Reformen im Nachkriegsdeutschland (vgl. Turner 1987: 685ff). Die eigentliche Währungsreform des Jahres 1948 ist dann aber ausschließlich eine US-amerikanische Angelegenheit, an der deutsche Stellen ebenso wenig beteiligt sind wie die anderen alliierten Mächte. Noch während die Diskussionen über die Währungsreform laufen, werden bereits seit Oktober 1947 die zukünftigen D-Mark-Noten in den USA gedruckt und dann in einer logistisch beeindruckenden Operation klandestin in die US-amerikanischen Enklave Bremerhaven verschifft, um schließlich in Frankfurt unter strengsten Sicherheitskontrollen gelagert zu werden. Der klandestine Charakter der »Operation Bird Dog« spiegelt sich im Design der Geldnoten wider: Auf ihnen ist weder einer der üblichen Charakterköpfe oder das Bildnis eines nationalen Heiligtums verzeichnet noch eine Ausgabestelle oder eine Numerierung.

Finanztechnisch entsteht die D-Mark – auf der Grundlage des sog. Colm-Dodge-Goldsmith-Plans vom Mai 1946 – aus einer bedeutenden Abwertung aller auf Reichsmark lautenden Geldvermögen um 93,5%. Die Realvermögen allerdings, die ja noch im Krieg und in der Nachkriegszeit trotz Zerstörungen und Demontagen gewachsen waren, wurden effektiv nicht angetastet, auch durch das Gesetz zum »Lastenausgleich« nicht. Die alten Besitz- und damit auch gesellschaftlichen Machtverhältnisse wurden gestärkt, indem sie von den Schulden aus der Ära des Dritten Reiches befreit wurden; auch dies ist Teil der Befreiung vom Nationalsozialismus. Ohne die alten Schulden, mit neuem Geld ausgestattet, bei günstigen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und mit reichlich vorhandenen »Produktionsfaktoren« ließ sich prächtig akkumulieren. Dem kam auch entgegen, daß mit der Währungsreform zwar die Preise der Waren freigegeben wurden, aber der Lohnstopp bis in den November 1948 aufrechterhalten blieb. Die Inflation hatten also die Lohnabhängigen zu tragen, während die »blaue Blume der sozialen Marktwirtschaft« (Kurt Pritzkolet) kräftig erblühen konnte und den Unternehmern lukrative Profite bescherte.

Erst am 3. November wurde der Lohnstopp aufgehoben; am 12. November organisierten die Gewerkschaften einen 24-stündigen Generalstreik gegen die Preistreiberei – übrigens der einzige Generalstreik der deutschen Nachkriegsgeschichte. Wenigstens in der ersten Phase kapitalistischer Restauration kann mithin keine Rede davon sein, daß die »Neutralisierung des Lohngesetzes« (Burkart Lutz) für das relativ schnelle Akkumulationstempo verantwortlich zeichne. Viel eher hat die administrativ gezogene Lohnobergrenze die Profite stimuliert und die Kapitalbildung des privaten Unternehmenssektors vorangetrieben. Der Zusammenbruch, der keiner war, resultiert in einer neuen Gesellschaft, in deren Institutionen und Funktionsbe-

dingungen das nationalsozialistische Erbe aufgehoben ist. Die Kontinuitäten zeigen sich am deutlichsten in den Personen; in den wirtschaftlichen wie in den politischen Institutionen und später in der Bundeswehr haben die führenden Köpfe der Westzonen ihre erste Karriere bereits in Hitlers Drittem Reich gemacht: *Gott erhält die Mächtigen* bringt ein Buchtitel des bissig-kritischen Chronisten Kurt Pritzkolet das Skandalon der personellen Kontinuität auf den Punkt.

Die Währungsreform ging der formellen Staatswerdung der BRD im Jahre 1949 voran. Die neue Währung war neben anderen, über deren historischen Beitrag man streiten kann, ein Vehikel der Spaltung. Denn die Ostzone, deren Besatzungsmacht sich erwartungsgemäß weigerte, bei der westlichen Währungsreform mitzumachen, mußte sich nun auch ein eigenes Geld geben, um nicht von im Westen wertlosen Reichsmarknoten überschwemmt zu werden. Die Währungsreform im Osten Deutschlands hatte freilich einen ganz anderen Charakter als die im Westen. Denn in der inzwischen errichteten sozialistischen Planwirtschaft fungiert Geld nicht als eine »harte Budgetrestriktion«, ist also nicht wie im kapitalistischen Westen der Antrieb zur Produktion von Profit, zur Akkumulation. Geld dient allenfalls der Verrechnung und hat Bedeutung für die »kleine Zirkulation« der Haushaltsausgaben. Über Geld zu verfügen ist nicht wichtig; es im Betrieb durch Produktion von Gütern verdienen zu müssen, für die Konsumenten und Investoren bereit sind, knappes Geld auszugeben, folglich auch nicht. Der Mangel an einem differenzierten Güterangebot ist daher strukturell im Funktionsmechanismus des Systems angelegt. Daß dieser ökonomische Mangel die politische Stabilität und soziale Kohäsion mehr und mehr untergrub, wurde dann definitiv deutlich, als 1990 die DDR-Bevölkerung ihr DDR-Geld loswerden und die DM für sich haben wollte.

Die BRD wird vom Weltmarkt akzeptiert

Doch zurück zur frühen Geschichte der BRD. Unverständlich bliebe die »Rekonstruktionsperiode« der Bundesrepublik ohne Betrachtung der Art und Weise, wie die BRD in den Weltmarkt integriert wird. Angesichts der weltpolitischen Lage nach dem Beginn des Kalten Krieges 1947 gab es wahrscheinlich zur politischen Westintegration der drei westlichen Besatzungszonen keine Alternative. Doch wenn es eine gegeben hätte, sie wäre wahrscheinlich von den inzwischen führenden Kräften kaum ergriffen worden. Der Marshall-Plan wurde deshalb von der wieder formierten politischen Klasse in Westdeutschland bereitwillig akzeptiert, nachdem von der KPD und von Teilen der SPD daran scharfe Kritik geübt worden war. Ökonomisch hat der Plan als Instrument der Wirtschaftsankurbelung im westlichen Deutschland keine entscheidende Rolle gespielt. Die von 1949 bis

1952 geleistete Hilfe in Höhe von 1,56 Mrd. Dollar übertraf nicht die Hilfsleistungen der US-Armee (GAROIA-Lieferungen), die im gleichen Zeitraum 1,62 Mrd. Dollar erreichten. Die große Erwartung des Wirtschaftsministers Erhard, mit den Marshall-Plan-Geldern die deutsche Kapitalbildung finanzieren zu können und das laufende Sozialprodukt ganz und gar für die unmittelbare Konsumtion nach den Hungerjahren zu verwenden, erwies sich als kleingeistige Illusion. Im Schnitt der Jahre 1949 bis 1952 finanzierten die Marshall-Plan-Mittel gerade 5,5% der Bruttoanlageinvestitionen. Lediglich in den Engpaßsektoren des Steinkohlebergbaus und der Energieversorgung spielten die Mittel des Marshall-Plans und der Gegenwertfonds eine wichtige Rolle: Ihr Finanzierungsanteil an den Investitionen machte 26,2% aus. Die Bedeutung des Marshall-Plans liegt also weniger auf ökonomischem Gebiet als in der politischen West-Bindung, die die BRD unauflösbar einging. Er war sozusagen die Honorierung für die eindeutige Westorientierung, die die westdeutsche politische Klasse nach den ersten Jahren der Unentschiedenheit einschlug.

Ökonomisch viel wichtiger war der Beginn des Koreakriegs im Juni 1950. Es ist eine schwarze Ironie der Geschichte, daß der endgültige »take off« der westdeutschen Wirtschaft ins Wirtschaftswunder der fünfziger und sechziger Jahre durch einen neuen Krieg, durch Tod und Zerstörung auf der koreanischen Halbinsel, gestützt wurde. Die plötzlich steigende Nachfrage nach Investitions- und Produktionsgütern übte für die westdeutsche Industrie einen Sogeffekt aus, der die Wachstumsraten der Produktion in kürzester Frist einen Satz nach oben machen ließ. Lag der Index der Industrieproduktion im ersten Vierteljahr 1950 bei 96 (1936 = 100), so am Jahresende schon bei 134. Die weltmarktadäquate Produktionsstruktur und freie Kapazitäten machten diesen »Sprung nach vorn« möglich, der auch zur Neueinstellung von etwa 900.000 Arbeitern und Angestellten führte.

Der Weltmarkt hatte die westdeutsche Wirtschaft sozusagen »akzeptiert«; ihre vom Faschismus übernommene Produktionsstruktur und der in dieser Zeit modernisierte technische Produktionsapparat erwiesen sich im ersten Nachkriegsaufschwung, dem Koreaboom, als außerordentlich wettbewerbsfähig. Das Geld war reformiert, die staatliche Macht wiederhergestellt. Die Auseinandersetzungen um die Regulierung der Arbeit in Betrieb und Unternehmen wurden 1951 mit dem Mitbestimmungsgesetz, das in der Kohle- und Stahlindustrie eine paritätische Repräsentanz der Vertreter von Arbeitnehmern und Gewerkschaften ermöglichte, und dem Betriebsverfassungsgesetz 1952, das vor allem eine Verpflichtung auf das »Gemeinwohl« enthielt, abgeschlossen. Die von den Gewerkschaften noch auf dem Gründungskongreß des DGB im Oktober 1949 in München angemeldeten Neuordnungsvorstellungen von Wirtschaft und Gesellschaft wurden unter den Exporterfolgen und den dadurch induzierten Wachstumsraten der Wirt-

schaft begraben. Schneller als es jemand glauben konnte, der 1945 in den deutschen Großstädten über Trümmerberge kletterte, war Westdeutschland »wieder da« – dank der Integration in das hegemoniale System, das unter Führung der USA inzwischen entstanden war.

Es mußten nun noch nach der Streichung der internen Verschuldung durch die Währungsreform die öffentlichen und privaten Schulden gegenüber dem Ausland bereinigt werden. Zum Teil handelte es sich dabei um Reparationsschulden aus der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg oder um Anleihen aus den Jahren vor der Weltwirtschaftskrise, die die Reparationen finanzieren sollten (Dawes- und Young-Anleihen). Bereits im März 1951 hat die neue Bundesregierung erklärt, als Rechtsnachfolgerin des Reiches die alten Schulden gegenüber ausländischen Gläubigern prinzipiell anzuerkennen, nachdem das Nazi-Reich bereits 1934 die Einlösung der Zahlungsverpflichtungen angehalten hatte. Allerdings würde die Zahlungsfähigkeit der neugegründeten BRD nicht ausreichen, um ohne gravierende negative Wirkungen auf den ökonomischen Rekonstruktionsprozeß die externen Schulden in fremder Währung, d.h. in US-Dollar zurückzuzahlen. Die Westalliierten stimmten schließlich während der Londoner Schuldenverhandlungen 1953 einer Halbierung der zu tilgenden Gesamtschulden von 29 auf 14 Mrd. DM zu. Darüber hinaus wurden die Rückzahlungszeiträume so gestreckt, daß es für die BRD kein Problem werden konnte, die Zahlungen aus den laufenden Deviseneinnahmen zu finanzieren. Die ursprünglich bis 1988 laufende Tilgungsfrist konnte so wesentlich verkürzt werden. Die Umschuldungsvereinbarung mit der BRD von 1953 ist also eine reine success-story; kein Wunder daher, daß sich in den 80er Jahren viele ihrer erinnerten, um daraus Anregungen für die Lösung der Schuldenkrise der Dritten Welt abzuleiten. Nur befand sich zu Beginn der 50er Jahre die Weltwirtschaft am Anfang einer langen und ungestümen Aufschwungphase und nicht in einer tiefen Rezession, und es ging auch nicht um die Lösung der Schuldenkrise von mindestens drei Kontinenten, sondern um diejenige eines einzigen Landes. Und die Beträge, um die es ging, waren im Vergleich zu den tausend Milliarden Dollar in den 80er Jahren und den inzwischen aufgelaufenen 2000 Milliarden Dollar nachgerade lächerlich gering. Aus dem Vergleich waren also keine brauchbaren Konsequenzen zu ziehen. Die Schuldenkrise der Dritten Welt ist bis heute nicht gelöst, im Gegenteil.

In der BRD der 50er Jahre jedoch konnte nach der inneren und äußeren monetären Bereinigung die Post der Kapitalakkumulation mit hohem Tempo abgehen. Die Voraussetzungen für das »Wirtschaftswunder« waren geschaffen. Dieses war so blendend und erzeugte so attraktive Verhältnisse, daß es eher die DM als das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl war, die dann, 42 Jahre nach der Währungsreform die verloren gegangene Einheit brachte.

**1990: Ein Staat wird geschluckt:
Die Währungsunion zwischen West- und Ostdeutschland**

Ein Vergleich der beiden Währungsschnitte in Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg, 1948 ein Jahr vor Gründung der BRD und 1990 wenige Monate vor dem Ende der DDR, ist naheliegend und wurde am Ende der DDR immer wieder gezogen. Ludwig Erhard kam nicht nur als »Vater des Wirtschaftswunders« zu unverdienten Ehren; er galt vielen auch wegen der schon zitierten Aussage von 1953, in der es hieß, daß der »unumgänglich notwendige Angleichungsprozeß umso rascher und erfolgreicher vor sich gehen (kann), je inniger von Anbeginn an die Verflechtung dieser beiden Wirtschaftsgebiete sein wird« (zit. bei Busch 1991: 201), als Prophet, als Visionär. Fast selbstverständlich schien es den meisten Autoren in den euphorischen Monaten nach dem Fall der Mauer, daß, wie in den Jahren nach 1948, auch der Währungsunion von 1990 ein »Wirtschaftswunder« folgen würde. Der Zustand der DDR-Wirtschaft konnte gar nicht »marode« genug gewesen sein, als daß nicht mit dem neuen, dem guten, dem »anständigen« Geld (Müller-Armack über die DM) ein veritables und nachhaltiges Wunder, der »Aufschwung Ost« und die Errichtung der »blühenden Landschaften« (Kanzler Kohl) herbeigeführt werden könnten. Daran glaubten auch, wie Umfrageergebnisse ausweisen, die meisten DDR-Bürger: Im März und April 1990 stimmten 90% der Befragten der raschen Währungsunion zu. Selbst 67% der PDS-Anhänger fanden die DM-Einführung »gut« (Forschungsgruppe Wahlen, zit. nach Busch 1991: 198).

*Die ökonomisch fatale Begünstigung von Geldvermögen
durch die Währungsunion*

Zwei Währungsreformen in Deutschland und zwei gänzlich unterschiedliche ökonomische Effekte, die durch sie ausgelöst worden sind; dies gibt zu Fragen nach den Gründen Anlaß. 1948 wurden im Durchschnitt 6,50 DM für 100 Reichsmark emittiert, 1990 wurden im Durchschnitt 1,81 Mark der DDR gegen eine DM eingetauscht. 1948 wurden die alten Geldbestände auf weniger als ein Zehntel und 1990 auf etwa die Hälfte in neuem Geld zusammengestrichen. Die Einkommensströme (in erster Linie Löhne und Gehälter) wurden nur 1948 an das neue DM-Niveau angepaßt; die Kalkulation von Bestands- und Stromgrößen war daher von Anfang an kohärent. Dies war möglich, weil die Währungsreform innerhalb eines durch Konvertibilitätsschranken abgeschirmten Wirtschafts- und Währungsraums durchgeführt wurde. 1990 aber konnten die Einkommensströme nicht wie die Geldbestände reduziert werden. Daraus ist von vielen Kritikern der Währungsunion der Schluß gezogen worden, daß man auch die Löhne hätte 2:1 abwerten müssen, um den gewünschten Effekt, den Aufschwung Ost näm-

lich, zu erzielen. Freilich übersehen diese Kritiker den einfachen Sachverhalt, daß zwar Bestände im Zuge einer Währungsunion neu bewertet und die Vermögensbilanzen der Ökonomie auf diese Weise um den Umstellungssatz reduziert werden können, daß Einkommensströme aber Ergebnis von Marktkräften und von Verhandlungen zwischen Arbeitsmarktparteien sind. Da ja die Währungsunion 1990 nur ein Aspekt der Wirtschafts- und Sozialunion und obendrein die Overtüre zum politischen Einigungsprozeß gewesen ist, wurde mit ihr auch ein gemeinsamer Arbeitsmarkt in Gesamtdeutschland hergestellt. Wenn das Einkommensniveau der Haushalte in Ostdeutschland weniger als 50% (DIW Wochenbericht 17/91) und wenn die Nominallöhne in den meisten Branchen gerade 60-70% des westdeutschen Niveaus erreichen, werden für den »Aufschwung Ost« kontraproduktive Wanderungsbewegungen ausgelöst (von den Nachfrageeffekten ganz zu schweigen). Die qualifizierten, jüngeren und mobileren Arbeitskräfte suchen Arbeitsplätze im Westen; deren Zahl beläuft sich im Juli 1991 auf 415.000 Pendler (Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Oktober 1991: 20) und immer noch mehrere Zehntausend Umsiedler monatlich (nachdem bereits 1989/90 etwa 600.000 Erwerbstätige die ehemalige DDR verlassen hatten). Die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Wanderungsbewegungen wären noch größer gewesen, wenn das Lohnniveau nach der Währungsumstellung von 2:1 gerade ein Viertel des westdeutschen betragen hätte. Die Einkommensströme lassen sich zwar in einer Währungsreform in einem geschlossenen Währungsgebiet mit der gleichen Rate wie die Vermögensbestände umstellen, nicht aber, wenn die Währungsunion – wie im Einigungsvertrag vom 31.8.1990 vorgesehen – mit einer Wirtschafts- und Sozialunion (und Umweltunion) einhergeht. Die Vorhaltungen des »wissenschaftlichen Sachverständigenrat bis zu den Wirtschaftsforschungsinstituten, den Lohnanstieg zu begrenzen, sind nicht nur politisch fragwürdig sondern ökonomisch schlicht abwegig.

1948 wurden Sachvermögensbesitzer gegenüber Geldvermögensbesitzern eindeutig bevorteilt. Ganz anders 1990. Geldbestände wurden um einen Satz von 2:1 abgewertet (je nach Alter des Halters konnten allerdings Sparguthaben bis zur Höhe zwischen 2000 und 6000 DM 1:1 umgestellt werden). Auch die Schulden der Unternehmen wurden um diesen Satz gemindert. Auf den ersten Blick also erneut eine Bilanzverkürzung um den Umstellungssatz von 2 Mark (Ost) gegen 1 DM (West). Jedoch mußten innerhalb des neuen DM-Währungsraums die Sachvermögen der ostdeutschen Unternehmen neu bewertet werden. Die zur Anwendung gelangenden Bewertungsmaßstäbe entstammten – wie sollte es anders sein – dem DM-Raum, sie hatten mit den ökonomischen Relationen der Ex-DDR und dem System der Arbeitsteilung im ehemaligen RGW nichts zu tun. Was dies bedeutete, zeigen folgende Überlegungen:

(1) Die höheren Marktzinsen (ca. 10% gegenüber zuvor 2%-3%) bewirkten unmittelbar eine Wertminderung der Anlagevermögen, da ja die Erträge nicht im Gleichschritt mit dem Sprung von den administrativ niedrig gehaltenen Planzinsen zu den auf dem monetären Weltmarkt gebildeten Marktzinsen gesteigert werden konnten.

(2) Die Erträge der Unternehmen konnten nicht nur nicht gesteigert werden, sie sackten infolge des Zusammenbruchs der in Jahrzehnten gewachsenen Lieferbeziehungen innerhalb des Systems der RGW-Arbeitsteilung zusammen. Anlagen wurden wertlos, weil die mit ihnen produzierten Produkte keinen Markt mehr vorfanden.

(3) Die Technikwahl innerhalb des RGW-Systems war sicherlich rational und angemessen, doch verglichen mit dem und losgelassen in das westliche System, in dem bei höheren Zinsen und unter dem »Sachzwang« des Wettbewerbs ganz andere Technikoptionen zur Geltung kommen, stellten sich die Ost-Unternehmen vom 1. auf den 2. Juli 1990 als weitgehend konkurrenzunfähig heraus. Wären sie nicht zuvor im Plansystem gegenüber dem Weltmarkt abgeschirmt gewesen, hätten sie sich schon eher als »marode« herausgestellt; nun aber kam diese Erkenntnis bei der Bewertung in der so ersehnten DM als Schock.

(4) Im Vergleich von Produktions-, Konsumtions- und Umweltbedingungen innerhalb der mit der Währungsunion eingeleiteten Wirtschafts-, Sozial- und Umweltunion stellte es sich obendrein heraus, daß in der Ex-DDR viele westdeutsche Standards nicht erreicht werden (umgekehrt hat Westdeutschland viele ostdeutsche Standards nicht erreicht, nur zählen die seit der Währungsunion nicht mehr), so daß Unternehmen überdies mit (ökologischen und sozialen) Altlasten beladen sind, die den durch Diskontierung der Erträge gewonnenen Vermögenswert weiter senken.

Auf diesem Hintergrund ist die Bilanzverkürzung bei der Währungsumstellung im Juli 1990 auf der Aktiv- und Passivseite nur scheinbar gleich. Bei Anwendung üblicher Bewertungsgrundsätze konnten die Sachvermögen allenfalls mit einem Viertel, wenn nicht mit geringeren Werten in der DM-Eröffnungsbilanz angesetzt werden, so daß mit der Währungsunion viele Unternehmen plötzlich hoffnungslos überschuldet waren. Das DIW (Wochenbericht vom 6. Dezember 1990) rechnet vor, daß die Nettoverpflichtungen der Unternehmen in der ehemaligen DDR von 170 auf 85 Milliarden Mark 2:1 umgestellt worden sind, daß aber das Nettosachvermögen von 940 Milliarden Mark auf 230 Milliarden DM zusammengestrichen werden mußte. Dieser Wert mußte nach unten korrigiert werden; die Verluste, mit denen die Treuhand aufgelöst wurde, zeigen, daß der Wert der Sachvermögen infolge der Währungsunion mit über 400 Mrd DM negativ geworden ist. Die Nettoverschuldungsquote der Unternehmen in den neuen Bundesländern steigt demnach sprunghaft von 18% vor der Währungsuni-

on (derselbe Wert wie im Unternehmenssektor in den alten Bundesländern) auf 37% danach. Der sprunghafte Anstieg der Schuldenquote ist um so fühlbarer, als mit der Währungsunion auch Marktzinsen gezahlt werden mußten. In der alten DDR übten Zinsen keinerlei Budgetrestriktion aus. Die DDR-Unternehmen sind also mit geringer Eigenkapitalquote und hoher Verschuldung in die Währungsunion entlassen worden. Da auch das Bankensystem mit der Herstellung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion in die Marktwirtschaft »entlassen«, d.h. weitgehend von den westdeutschen Großbanken übernommen worden ist, mußten von den Unternehmen sogleich Marktzinsen auf die Schulden an hart kalkulierende Banken und nicht an den Staat, dessen Konditionen damit verglichen weich waren, gezahlt werden. Diese betragen das Drei- bis Vierfache der vor der Währungsunion zu zahlenden Zinsen an die ehemalige Staatsbank. Die westdeutschen Banken, die die Forderungen zum Teil im Zuge der Privatisierung und des Aufbaus eines zweistufigen Bankensystems übernommen haben, konnten auf diese Weise etwa 10 Mrd DM Zinseinnahmen auf Schulden der Betriebe der ehemaligen DDR verbuchen (AG Ökologische Wirtschaftsforschung, FR 31.8.1991).

Sinnvollerweise hätten die Unternehmen (wie 1948) entschuldet werden müssen, um ihnen den Start in die Marktwirtschaft zu erleichtern. Natürlich hätten die erlassenen Schulden den deutschen Staatshaushalt belastet (direkt oder über die Treuhand). Es wäre aber möglich gewesen, die Schulden durch Staatspapiere zu fundieren (Betz/Hausknecht 1991). Auf jeden Fall aber wäre die Entlastung der Unternehmen der Beschäftigung zugute gekommen, zumal die Schulden sowieso von den Unternehmen nur teilweise bedient werden konnten und per Treuhand die öffentliche Hand die Kosten der Verschuldung tragen mußte. Die »Schuldenerblast« des Fonds Deutsche Einheit, des Kreditabwicklungsfonds etc. wird heute mit 340 Mrd. DM beziffert (Deutsche Bundesbank, Monatsbericht März 1997: 19ff). Die Schuldenstreichung wäre also kaum teurer als die von der Bundesregierung gewählte Lösung gewesen; die Unterlassung aber hat die ökonomische Situation der Unternehmen und der Kommunen in den neuen Bundesländern (Vgl. Der Spiegel 32/1995) unnötig erschwert. Keine Bank ist gewillt, einem Unternehmen neue Kredite zu gewähren, das schon die alten nicht ordentlich bedienen kann. Gutes Geld wird schlechtem nicht hintergeworfen. Doch hätte eine solche Situation, die im Konkurs oder in der Dauersubvention endet, erst gar nicht entstehen müssen.

Keine Konvertibilitätsschranke schützte die Unternehmen vor den Wirkungen der westdeutschen und internationalen Konkurrenz. Deren Fehlen war umso nachteiliger, als die neue DM-Währung für die Wirtschaft der Ex-DDR eine vielfache reale Aufwertung (um etwa 300%) bedeutete, die die sowieso mangelnde Konkurrenzfähigkeit nochmals senkte (Akerlof u.a.

1991). Nach 1948 hingegen, dies zum Vergleich, war die DM über Jahre hinweg unterbewertet, so daß Exporte begünstigt und Importe verteuert worden sind. Die betriebswirtschaftlichen Optionen, die mit dem knappen DM-Geld gesetzten äußerst harten Budgetrestriktion zu folgen, wurden so außerordentlich eingeengt. Es blieb nur noch die Treuhandanstalt, die die Zinszahlungen bis zur Erstellung der DM-Eröffnungsbilanz übernehmen mußte, um die Unternehmen vor dem Zinskollaps zu bewahren. Von den 20,2 Mrd. DM, die die Treuhand 1991 ausgegeben hat, entfielen 11,3 Mrd. DM auf Zinsleistungen für überschuldete Unternehmen (SZ 26./27.10. 91). Nach den Regeln einer monetären Ökonomie hätten diejenigen Unternehmen, die der harten Budgetrestriktion hoher Zinsen nicht Rechnung tragen können, in den Bankrott gehen, also schlicht liquidiert werden müssen. Jedoch mit welchen Folgen? Ökonomische und soziale Strukturen werden dadurch in einem Ausmaß zerstört, daß der soziale Frieden aufgekündigt und die institutionellen Netzwerke für einen wirtschaftlichen Aufschwung in Mitleidenschaft gezogen werden können.

Die Währungsunion 1990 – ein politischer Coup

Seit der Debatte um die europäische Währungsunion (also seit 1969) wird zwischen »Ökonomen« und »Monetaristen« unterschieden: Die Ersteren gehen davon aus, daß eine Währungsunion erst dann in Angriff genommen werden sollte, wenn die ökonomischen Bedingungen der beteiligten Länder einigermaßen angeglichen sind. Die Währungsunion ist die »Krönung« eines langen ökonomischen Prozesses der Angleichung der beteiligten Volkswirtschaften. Letztere hingegen wollen die Währungsunion schnell als einen der ersten Schritte auf dem Weg zur Integration, um dadurch einen monetären Druck in Richtung Anpassung der ökonomischen und sozialen Verhältnisse auszuüben. Wenn man diese seit den späten 60er Jahren geläufige Unterscheidung anlegt, war die Währungsreform von 1948 eine *ökonomistische* Währungsumstellung.

Ganz anders die Währungsunion 1990. Sie war ein *monetaristischer* Akt. Die Zusammenführung von zwei in jeder Hinsicht verschiedenen Wirtschaftskörpern unter ein gemeinsames Währungsdach konnte nur unter der Annahme und Maßgabe durchgeführt werden, daß mit der Währungsunion massive Anstrengungen beginnen, um die ökonomischen und sozialen Verhältnisse in der – vergleichsweise – weniger entwickelten ehemaligen DDR auf den Standard der höher entwickelten Verhältnisse in der alten Bundesrepublik zu bringen. In der ehemaligen DDR müssen nach der Herstellung der Währungsunion die ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnisse an das neue Geld, den synthetischen Ausdruck der in vierzig Jahren entstandenen westdeutschen, weltmarktoffenen Produktionsweise,

angepaßt werden. In Frankfurt am Main werden die Bedingungen gesetzt, nach denen zwischen Rostock und Leipzig gearbeitet werden muß und gelebt werden kann.

Mit der Währungsunion gab die ehemalige DDR ihre Souveränität ab. Folglich war es auch ökonomisch und nicht nur politisch konsequent, den Beitritt zum Währungsgebiet der DM als ersten Akt des Beitritts zur Bundesrepublik zu vollziehen. Während die Währungsreform 1948 ein neues Staatswesen begründet, ist die Währungsunion von 1990 der wichtigste Akt im Zuge der schrittweisen Aufhebung eines Staatswesens. Die Währungsreform 1948 und die Währungsunion 1990 können demzufolge nicht nur als Bedingungen für die Wiederherstellung der verlustig gegangenen ökonomischen Rationalität betrachtet werden, sondern auch als Akte der einschneidenden politischen Gestaltung. Die Währungsreform 1948 begründet mit dem neuen Staatswesen auch die deutsche Spaltung. Die Währungsunion 1990 begründet mit dem Untergang der DDR die deutsche Einigung. Die Währungsreform 1948 war Geburtshilfe eines neuen Staates, die Währungsunion 1990 Sterbehilfe für einen überlebten Staat.

Diese politische Seite der währungspolitischen Einigung war für die Bundesregierung entscheidend und daher wurde die Währungsunion rigoros und ohne Rücksicht auf die Warnungen vor den langfristigen ökonomischen Folgen, die von der Deutschen Bundesbank, dem Sachverständigenrat und vielen Ökonomen beschworen worden sind (SVR am 20.1.1990; Pöhl am 6.2.1990; Warnruf...), durchgezogen. Gemessen daran, daß dem ersten Vorschlag zur Bildung der Währungsunion seitens des Bundeskanzlers vom 6.2.1990 (nachdem die SPD-Finanzexpertin Mathäus-Meier den Vorschlag unverständlicherweise bereits Anfang Januar 1990 unterbreitet hatte) kein halbes Jahr später die Währungsunion und kein Dreivierteljahr danach die Einheit Deutschlands folgten, war die Strategie Helmut Kohls erfolgreich. Doch sind mit der Währungs- und Wirtschaftsunion Konditionen gesetzt worden, auf die die Bundesregierung nur hilflos reagiert. Der Vergleich mit dem Wirtschaftswunder der 50er Jahre wird nun nämlich kontraproduktiv; er verbaut die Erkenntnis, daß im Jahre 1990 und angesichts der besonderen Verhältnisse in einer Transformationsgesellschaft der Verweis auf die rettende Kraft des Marktes völlig unzureichend ist. Der Tag der Währungsunion kann auch als Beginn eines ökonomischen und sozialen Niedergangs verstanden werden. Die ständigen Verweise auf die »Erblast« von 40 Jahren sozialistischer Mißwirtschaft erscheinen als eine billige Ausflucht, die die eigene Konzeptionslosigkeit überdecken soll. Im Ergebnis jedenfalls sind in der Ex-DDR die Produktionsbedingungen in einem Ausmaß zerstört worden, das die Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs weit übersteigt. Man konnte sich bislang mit im Vergleich zum Westen höheren wirtschaftlichen Wachstumsraten auf niedrigerem Niveau in den

Neuen Bundesländern trösten. In langer Frist konnte also mit einer Angleichung gerechnet werden. Doch 1997/98 sind die Wachstumsraten im Osten sogar niedriger als im Westen. Die Lücke klafft tiefer und weiter. Je länger die Differenz andauert, desto wahrscheinlicher wird es, daß die Distanz zum Westen sich selbst reproduziert – trotz oder sogar wegen der massiven Finanzhilfen, die an den Osten gezahlt werden. Denn diese sind ja sofort nach der Einkommenswirksamkeit im Osten per Konsumausgaben in den Westen zurückgeflossen (Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Oktober 1991: 15ff). Im Jahre 1997 leben in Ostdeutschland 18% der Erwerbstätigen, die aber nur 9% des BIP, 6% der industriellen Wertschöpfung und 3% der Exporte Deutschlands erwirtschaften. Unterdurchschnittliche Investitionen bei überdurchschnittlichen (transferfinanzierten) Konsumausgaben und gleichzeitig überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit; bei einer Arbeitsproduktivität, die noch nicht einmal ein Drittel des westdeutschen Niveaus erreicht und mit einem durchschnittlichen Nettogeldvermögen von 20.000 DM je Haushalt in der Ex-DDR, während der durchschnittliche West-Haushalt es auf 100.000 DM bringt – diese Daten beschreiben nicht nur einen heutigen Zustand, sondern sie deuten eine höchst problematische Entwicklungsdynamik und negative Zukunftsaussichten der neuen Bundesländer an.

Der Unterschied zwischen 1948 und 1990 ist also beträchtlich. Die aus einem einfachen Vergleich abgeleiteten Hoffnungen sind allesamt enttäuscht worden. Die Wirtschaftstheorie des mainstream hat zu den falschen Versprechungen und illusionären Hoffnungen nicht unwesentlich beigetragen. 1948 mußte das neue Geld, die DM, erst in die Funktionen während des langen Aufschwungs des Weltmarkts »hineinwachsen«; im Jahre 1990 hingegen wurde die Wirtschaft der DDR in den schon bestehenden Währungsraum der DM einbezogen, die in einer 40jährigen Erfolgsstory geprägt und gehärtet worden ist (dazu Altwater/Hübner 1988). Daß das Geld mehr ist als bloßes Zeichen mit staatlich garantierter Einlösungsverpflichtung, ist in diesem Fall besonders deutlich geworden. In der Härte des Geldes erscheinen sozusagen synthetisch alle ökonomisch relevanten gesellschaftlichen Beziehungen: die Technikwahl, die industriellen Beziehungen, die Branchenstruktur, die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt, die Kompetenz staatlicher Bürokratien etc. Die Währungsreform von 1948 war die Schaffung eines neuen Währungsraums, dessen realökonomische und soziale Gestaltung noch gesellschaftliche Aufgabe war. Die Währungsunion von 1990 hingegen war die Ausdehnung des Raums einer im internationalen Vergleich starken Währung, deren Stabilität als Anker für eine Reihe anderer Währungen in Europa genutzt wird.

Die Finanzierung der Einheit durch Staatsverschuldung hat auf der anderen Seite der Bilanz, bei den Geldvermögen, einen perversen Effekt ausgelöst:

Die Schuldtitel kaufen ja in erster Linie Vermögensbesitzer aus dem Westen (das durchschnittliche Vermögen je Haushalt beträgt in Westdeutschland 100.000 DM, in Ostdeutschland gerade 20.000 DM – DIW, Wochenberichte 31/1991), an die auch die vermögensmehrenden Zinsen auf die Staatsschuld zu zahlen sind. Diese müssen aber aus den laufenden Steuereinnahmen aufgebracht werden (eine inflationistische Schuldenfinanzierung der Zinsen wird als wenig wahrscheinlich ausgeschlossen). Dadurch kann nicht nur eine Umverteilung zu Lasten vermögensloser Schichten und zu Gunsten der Besitzer großer Vermögen in Gang gesetzt werden, es können auch die Schleusen für einen Einkommenstrom vom Osten in den Westen, der nur durch staatliche Subventionen für den Osten wieder umzulenken ist, geöffnet werden. Die Art der Finanzierung des Aufschwungs Ost hat in wenigen Jahren die Blockierung des Aufschwungs Ost bewirkt und die Verschuldung des Staates erhöht. Die Deutsche Bundesbank hat 1997 (Monatsbericht März 1997) ein Resümée gezogen. Die jahresdurchschnittliche Zunahme der Verschuldung der öffentlichen Haushalte ist von 5,1% im Zeitraum 1955/59 bis auf 16,6% 1975/79 nach der Krise Mitte der 70er Jahre angestiegen. Dieser Wert konnte bis auf 5,3% im Zeitraum 1985/89 gesenkt werden. Von 1990 bis 1994 stieg er abrupt auf 12,3% an. Der Stand der öffentlichen Schulden gemessen am BIP erhöhte sich von 41% im Durchschnitt der Jahre 1980/84 auf 60,3% im Jahre 1996. Die zunehmende Staatsverschuldung ist nun zu einem Problem bei der Realisierung der europäischen Währungsunion geworden.

Eine Währungsunion bei voller Währungskonvertibilität

Die eklatantesten Unterschiede zwischen Währungsreform 1948 und Währungsunion 1990 aber drängen sich auf, wenn man das internationale Umfeld der damaligen »kleinen« BRD und der heutigen »großen« BRD betrachtet. Die Ökonomie konnte sich in der damaligen BRD unter Bedingungen der Nichtkonvertibilität der Währung innerhalb des Fixkurssystems von Bretton Woods entwickeln und kohärente Strukturen ausbilden. Erst zehn Jahre nach der Währungsreform im Jahre 1958 wurden in Europa die Währungen konvertibilisiert. Auch sonst war das (welt)ökonomische Umfeld außerordentlich günstig für die dynamische Entfaltung des westdeutschen Akkumulationsregimes. Der Welthandel expandierte mit Wachstumsraten, die weit über dem Zuwachs der Industrieproduktion der westlichen Welt lagen (Maddison 1989). Auch war in jener frühen Phase der monetäre Weltmarkt für produktive und spekulative Kapitalanlagen wenig entwickelt. Dies hatte nicht nur mit der beschränkten Konvertibilität der meisten Währungen zu tun, sondern auch damit, daß die Internationalisierung des produktiven Kapitals (die Bildung transnationaler Unternehmen)

noch am Anfang der Entwicklung nach den Unterbrechungen des Ersten Weltkriegs, der großen Weltwirtschaftskrise und des zweiten Weltkriegs standen. Die Internationalisierung der Kreditbeziehungen setzte erst seit Mitte der 60er Jahre, dann aber vehement ein. Seitdem befindet sich das Fixkurssystem von Bretton Woods unter Druck, dem schließlich zu Beginn der 70er Jahre durch Flexibilisierung der Wechselkurse und Deregulierung der globalen Finanzmärkte nachgegeben werden mußte. Seit dieser Zeit ist die »Zinssouveränität« mehr und mehr verloren gegangen. Keynesianisch inspirierte Wirtschaftspolitik ist seitdem unmöglich geworden. Kein Wunder, daß die »monetaristische Konterrevolution« zu Beginn der 70er Jahre obsiegen konnte. Die Geldmengensteuerung seitens der Zentralbank wurde verändert, nicht um die Geldmenge besser politisch beeinflussen, sondern um schneller und flexibel auf die Signale der globalen Geld- und Finanzmärkte reagieren zu können. Im Rückblick auf die 50jährige Geschichte der DM und der sie steuernden Institution hat Hans Tietmeyer mehrfach auf die DM als »unpolitisches Geld« (z.B. Handelsblatt, 27./28.2. 1998) verwiesen. Die Politik der Bundesbank ist Reaktion auf Marktsignale. Deshalb muß sie »autonom« gegenüber der Regierung sein.

Geradezu konträr zur Situation in den späten 40er Jahren bietet sich das Bild des internationalen Umfeldes 1990 dar. Die deutsche Währungsunion findet im historischen Zusammenhang der Auflösung des Ostblocks und seines Systems der internationalen Arbeitsteilung statt. Gleichzeitig wird die DDR-Ökonomie in das bereits ausgebildete, also sich nicht mehr in Formation befindliche System der Arbeitsteilung auf dem kapitalistischen Weltmarkt integriert – mit desaströsen Folgen, weil keinerlei Übergangszeiten (wie noch nach 1948) bestanden, in denen sich kohärente Produktionsstrukturen hätten ausbilden können. Anders als 1948 bedeutet der Währungsschnitt von 1990 die sofortige Übernahme der Konvertibilitätsbedingungen und den Eintritt in das System flexibler Wechselkurse. Die Kurse der nationalen Währung müssen nun realökonomisch (durch Sicherung der Konkurrenzfähigkeit) und monetär (durch Zinspolitik) verteidigt werden, um die Vermögenssicherungsqualität des Geldes zu erhalten und dessen Funktionen zu sichern. Nur so kann die Währung stark gemacht werden. In der BRD ist dies in der gesamten Nachkriegsepoche gelungen. Die ehemalige DDR hat nach der Währungsunion davon profitiert – und wieder nicht. Denn die realökonomischen Verhältnisse in den neuen Bundesländern waren den monetären Konditionen nicht angemessen. Die Währungsunion machte aber das einzig brauchbare Instrument in einer solchen Situation unmöglich: die Anpassung des Wechselkurses durch eine Währungsabwertung.

Denn diese konnte die Bundesbank überhaupt nicht zulassen. In Westeuropa bestand seit 1979 das Europäische Währungssystem mit – in den 80er Jahren – überraschend fixen Wechselkursen, die durch den »Stabilitätsan-

ker« der DM gehalten werden. Damit die DM diese Funktion auch weiterhin ausüben kann, mußte ihre Stärke währungspolitisch gesichert werden. Diese Aufgabe aber konfligierte mit der anderen, für die Wirtschaft der neuen Bundesländer Kapitalhilfe in gewaltigen Größenordnungen bereitzustellen. Der dadurch provozierte Mix von defizitärer Fiskalpolitik und restriktiver Geldpolitik (hohe Kreditzinsen) verschärfte für viele Unternehmen die Budgetrestriktion des Geldes, zumal diese im Osten, wie bereits gezeigt worden ist, in hohem Maße verschuldet, gar überschuldet waren. Für im nationalen und internationalen Vergleich überschuldete Unternehmen verschlechtern sich die Konkurrenz- und Überlebensbedingungen, auch wenn sie technisch und organisatorisch konkurrenzfähig sein sollten bzw. mit vergleichsweise geringen Modernisierungsinvestitionen den Anschluß an die Konkurrenz hätten finden können.

Die Wirkungen der Währungsunion von 1990 sind demzufolge höchst widersprüchlich. Einerseits ist die Ex-DDR in einer günstigeren Position als andere ehemals realsozialistische Länder Osteuropas, weil sie unter die Schutzglocke des DM-Währungsgebiets genommen wurde. Andererseits jedoch sind aus dem gleichen Grund die Verhältnisse in Ostdeutschland schwieriger geworden. Es gibt keine simple Lösung für das mit der »monetaristischen« Währungsunion gesetzte Problem, daß die mikroökonomischen Einheiten der monetären Budgetrestriktion hoher Zinsen Genüge tun müssen, ohne realökonomisch über die Ressourcen zu verfügen (von der Infrastruktur bis zur Qualifikation der Arbeitskräfte), mit denen die restriktiven Bedingungen innerhalb eines kohärenten Akkumulationsregimes erfüllt werden könnten.

Die Währungsreform von 1948 setzte die monetären Bedingungen für ein »inkludentes« Akkumulationsregime (Altvater 1991). Alle Bürger – die einen mehr, die anderen weniger – wurden in das Akkumulationsmodell integriert und konnten am »Wirtschaftswunder« teilhaben. Im Gegensatz zu dieser einmaligen historischen Epoche vierzig Jahre zuvor sind durch Währungsunion und politische Vereinigung Tendenzen zur »Exklusion« freigesetzt worden. Im Jahre 1990 wurde eine Währung, deren Geltung und Stärke durch Akkumulationsregime und Regulationsweise der alten BRD bestimmt werden, auf einen ökonomischen Raum ausgedehnt, dessen Koordinaten sich – ohne Übertreibung – in einer »anderen Welt« herausgebildet hatten. Am Maß, also an den Funktionsbedingungen der »anderen Welt« des vormaligen Ostblocks reflektiert war die DDR-Wirtschaft konkurrenzfähig und produktiv. Gemessen an den Standards der Produktion, Konsumtion und Arbeitsteilung des Westens jedoch stellte sich beinahe alles als »gewogen und zu leicht befunden« heraus. Die Effizienz der Produktion lag weit unter den Mindestanforderungen des Systems der westlichen Arbeitsteilung.

Wenn der eine Teil Deutschlands expandiert und der andere Teil kollabiert, bilden sich Strukturen der Differenz heraus, die ihre Erhaltung und nicht ihre Verringerung bewirken. Das konnte bereits 1990 gesehen werden, aber der wissenschaftliche Sachverstand ebenso wie die politische Klasse wollte es nicht wahrhaben oder sie sind leichtfertig über Warnungen hinweggegangen. Die Subventionsbürokratien, die die Differenz verwalten, können wie im Mezzogiorno Italiens mit dem Interesse an der Selbsterhaltung gerade kontraproduktiv dafür sorgen, daß die Rationale ihrer Existenz, die Differenz nämlich, bestehen bleibt. Wenn sich Entwicklungsunterschiede über eine geraume Zeit erhalten, kann es geschehen, daß sie sich strukturell verfestigen. Es könnte also ein »einheitlicher Mechanismus« (vergleichbar der Situation in Italiens Mezzogiorno) ausgelöst werden, der für viele Jahre den Entwicklungsabstand zwischen den beiden Teilen Deutschlands zementiert. Als Folge der Währungsunion sollten sogleich »blühende Landschaften« erstehen. Eine Fata Morgana bringt den Durstenden vom Weg ab und vom Wasser weiter weg. Doch die Währungsunion hat Bestand und die politische Einigung, deren Vehikel die Währungsunion vom Kanzler Kohl vollkommen richtig kalkuliert gewesen ist, ebenfalls. Die deutsche Einigung ist geglückt, die Einheit je durch die Art und Weise der Integration Ostdeutschlands ins DM-Gebiet jedoch verspielt.

1998: Der Euro ante Portas

Doch das DM-Währungsgebiet befindet sich kein Jahrzehnt nach der deutschen Währungsunion in Auflösung. Ein Euro-Raum in Form der in Maastricht 1991 beschlossenen Währungsunion wird gebildet. Der Vertrag, der in den Jahren nach 1991 von den Mitgliedsländern der EU ratifiziert wurde, sieht die definitive Einführung der gemeinsamen Währung, also die Abschaffung der Wechselkurse im neuen Euro-Raum am 1. Januar 1999 vor. Dann wird auch die Europäische Zentralbank ihre Arbeit aufnehmen. Das war seit dem Vertragsabschluß bekannt, hat aber zumindest in Deutschland in jener euphorischen Zeit nach dem Fall der Mauer wenig Aufregung verursacht, im Gegenteil man war von der »Idee Europa« begeistert. Denn ist Europa nicht eher der »nucleus mundi« als ein »pars mundi«? Hat Ralf Dahrendorf (*Whats left?* FAZ, 28.10.1992) nicht Recht, die universalgeschichtliche Bedeutung der europäischen Idee für eine neue gesamteuropäische Ordnung nach dem Ende des sozialistischen Lagers und der Auflösung der Sowjetunion – übrigens fast zeitgleich im Dezember 1991 mit den Maastricht-Verhandlungen über die vertiefte westeuropäische Integration – zu unterstreichen? Danach zielt das Projekt Europa am Ende des 20. Jahrhunderts nicht nur auf die Schaffung des europäischen Bürgers, dessen Mobilität keine nationalen Grenzen behindern, sondern auf die Geburt ei-

nes (neuen) Weltbürgers jenseits des nationalistischen Interludiums seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, das im 20. Jahrhundert zwei europäische Kriege hervorbrachte, die die ganze Welt in einen Strudel der Zerstörung rissen. So betrachtet, knüpft das Projekt der Einigung Europas tatsächlich an die lange Geschichte der europäischen Rationalität an, von der Max Weber sagte, sie sei eine »Rationalität der Weltbeherrschung«. Am »Eurozentrismus« kann die Welt genesen, so hört man eifertig und ganz ohne Ironie postlinke Feuilletonisten (Thomas Schmid, *Wider das Unbehagen an Europa* in: SZ 2./3.1.93) und ehemalige maoistische Internationalisten (Joscha Schmierer). Nach dem Ende des real existierenden Sozialismus in Osteuropa und der Diskreditierung sozialistischer Ideen im Westen ergreift »am Ende der Geschichte« ein neuer Traum die Menschen des alten Kontinents: Europa wird zu einer »Ersatzutopie« (Dahrendorf). Die Faszination, die von Europa ausgeht, kommt bereits in den Bezeichnungen zum Tragen: Europäische Gemeinschaft, Europäisches Haus, Gemeinsamer Markt. Alle diese Begriffe sind positiv geladen, sie lächeln den Betrachter freundlich an. Dabei geht die Erinnerung daran verloren, daß Europa in die »neoeuropäischen« Gebiete jenseits der Ozeane nicht nur seine Kultur, sondern auch seine Seuchen, seine Menschenverachtung, Tod und Verderben gebracht hat. Auch die Tatsache, daß der Okzident seine eigentlichen Wurzeln im Orient hat, wird verdrängt (vgl. Amin 1989).

Braucht der europäische Einigungsprozeß eine Währungsunion?

Aber ist diese Idee Europa eine reale Utopie? Darauf befragt, muß man nüchtern Fehlanzeige konstatieren. Die Europäische Gemeinschaft trägt weniger zur Geburt und Stärkung des demokratischen Staats- und Weltbürgers in einer zivilen Gesellschaft bei, als schlicht und ergreifend zur Anpassung der politischen Institutionen und Regelwerke an die Erfordernisse der Globalisierung der Unternehmen und Banken. Die rechtlich selbständigen Auslandsfilialen deutscher Banken haben in den Jahren von 1990 bis 1997 von 103 auf 165 (davon rund 80 in EU-Ländern) zugenommen. Das Geschäftsvolumen erhöhte sich im gleichen Zeitraum von rund 357 Mrd. DM auf gut 1837 Mrd. DM auf das Fünffache; die Relation zum Geschäftsvolumen der inländischen Kreditinstitute stieg von rund 7% (1990) auf rund 20% im Jahre 1997 (Deutsche Bundesbank, Monatsbericht März 1998: 40, 62f). Europa ist ein nützlicher, vielleicht notwendiger Brückenkopf auf globalen Märkten, im Triadenwettbewerb – so wie die NAFTA in Nordamerika oder ASEAN, APEC oder der »Asian Economic Caucus« in Asien.

Doch bedarf es dazu einer Währungsunion, reicht nicht die Integration zu einem Gemeinsamen Markt? Viele Ökonomen (z.B. Renate Ohr) teilen die-

se Auffassung, daß die ökonomische Integration nicht unbedingt eine Währungsunion voraussetze. Die ökonomische Integration sollte im Sinne von Jacob Viners Kriterium für regionale Wirtschaftsräume »trade creating« sein (Viner 1951), weil dadurch der Wohlstand gesteigert würde. Denn mehr Handel erfordert und ermöglicht mehr Produktion, vertiefte Arbeitsteilung, höhere Produktivität und folglich höheren Wohlstand für alle. Es ist freilich aus einer ganzen Reihe von Überlegungen fraglich, ob dieses freihändlerisch-liberale, auf Adam Smith und David Ricardo fußende Argument der Komplexität von Austauschbeziehungen bei finanziellen Instabilitäten gerecht wird:

Erstens müssen die Transaktionskosten in Rechnung gestellt werden, die umso höher sind, je mehr Währungen an Handelsbeziehungen beteiligt sind. Da Märkte Orte des geldvermittelten Austausches sind, bedarf deren vertiefte Integration schon aus Gründen der Reduzierung von Transaktionskosten (ganz abgesehen von der ökonomischen und sozialen Standardisierungsfunktion des Geldes) eines Geldes und nicht vieler Gelder, deren Kurse auf einem hochspekulativen Markt bestimmt werden. Termingeschäfte zur Vermeidung von Kursverlusten sind teuer und nicht gänzlich risikolos.

Zweitens kann ein gemeinsamer Markt schwer gestört werden, wenn finanzielle Instabilitäten und monetäre Spekulation ohne Bezug zu realen Prozessen (zu den sogenannten »fundamentals«) intervenieren. Die Marktteilnehmer beschränken sich bei voller Währungskonvertibilität nicht auf den realökonomischen und handelspolitischen Integrationsraum. Sie beteiligen sich am Devisenmarkthandel aus ganz anderen Motiven als dem, Handelsgeschäfte im europäischen Integrationsraum abzuwickeln. Die Stackelberg'sche Unterscheidung (Stackelberg 1943) zwischen autonomen und induzierten Kapitalbewegungen erweist sich hier als nützlich. Hätten wir es nur mit handelspolitisch induzierten Kapitalbewegungen zu tun, könnte auf eine Währungsunion tatsächlich verzichtet werden. Doch sind an die 95% der Kapitalbewegungen auf Devisenmärkten autonom gegenüber der realen Ökonomie und dienen nur indirekt der Abwicklung von Handelsgeschäften. In den vergangenen zehn Jahren der wilden Deregulierung hat ein Quantensprung der Finanzgeschäfte stattgefunden. Im April 1995 wurden täglich 1572 Mrd. US Dollar an den Devisenbörsen umgesetzt, davon 42% in US-Dollar, 35% in Euro-Währungen, 12% in Yen und 12% in anderen Währungen. Bei einem jährlichen Welthandel von (1996) 5113 Mrd. US Dollar (BIZ) und unter Berücksichtigung des Durchschnitts von Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten der Banken in der Größenordnung von rund 9000 Mrd US Dollar am Jahresende 1996 (Deutsche Bundesbank, Monatsbericht November 1997) kann man leicht überschlagen, wie hoch der Teil der täglichen Börsenumsätze ist, der der Abwicklung realer Ge-

schäfte dient. Bei 250 Börsentagen im Jahre werden täglich rund 56 Mrd. US Dollar für »reale« Geschäfte umgesetzt, das sind etwa 4% der gesamten Devisentransfers. Der große Rest von 96% dient offensichtlich der kurzfristigen Spekulation.

In einem so expansiven Geschäftsbereich wie dem der Finanzdienstleistungen wäre es ein Wunder, wenn nicht Innovationen stattfinden würden, um die Mobilität und Flexibilität des Kapitals zu steigern. Denn nur so lassen sich die Chancen der Globalisierung nutzen, nur so läßt sich der gleiche Grundbetrag gleich mehrmals (nacheinander) und manchmal auch mehrfach (nebeneinander) transferieren: Geldvermögen müssen möglichst in Echtzeit von Europa nach Asien und von Australien nach Amerika, aus der einen Währung in die andere, von kurzfristigen in langfristige Anleihen und umgekehrt, von Papieren mit variablen Zinssätzen in solche mit festen und natürlich umgekehrt verwandelt und verschoben werden können. Papiere, die diese Leistungen vollbringen, sind sogenannte Derivate. In diesem aufstrebenden Geschäftsbereich wird nicht mehr in Prozent gerechnet, wie der normale Bankkunde es gewohnt ist, sondern mit »Basispunkten«; Ein Basispunkt ist 0,01%. Die Zinsdifferenzen, die beträchtliche Devisenbewegungen auslösen (oder verhindern), sind also nicht sehr groß, es genügen schon wenige Basispunkte (also einige Hundertstel eines Prozents). Die Deutsche Bundesbank hat im Dezember 1997 genauere Daten über das Geschäft deutscher Kreditinstitute mit Derivaten publiziert. Danach haben sich die Derivatbestände deutscher Banken seit 1986 von 875 Mrd. DM bis zum September 1997 auf 23,1 Billionen DM erhöht. Das ist 26 mal mehr in nur zehn Jahren. Einige Typen der Finanzinnovationen sind besonders beliebt. Der Umfang von Zinstermingeschäften ist heute 400 mal und derjenige von Devisenoptionsgeschäften sogar mehr als 500 mal größer als zehn Jahre zuvor. Wenn man diese Daten mit realen Größen wie Wirtschaftswachstum, Beschäftigung, Produktivitätszunahme oder mit der Steigerung des Welthandels in Beziehung setzt, wird schon offenkundig, daß die Welt der Finanzen den Entwicklungen der »realen Sphäre« vorausseilt.

Die induzierten Kapitalbewegungen im Stackelbergschen Sinne sind also Bewegungen des Geldes als Zirkulationsmittel, die autonomen diejenigen in der Funktion des Zahlungsmittels (gemäß der Marx'schen Analyse des Geldes). In letztgenannter Funktion ist es nicht mehr an reale Prozesse (Warenhandel) gebunden, sondern fungiert ganz seiner eigenen Logik entsprechend »als Geld«. Geld als Geld kann mit den realökonomischen Verhältnissen in Konflikt geraten. Dies ist ein Grund, warum eine Währungsunion auch die handelspolitische und realökonomische Integration unterstützen könnte. Zwar würden die »financial instabilities« nicht ausgeschaltet, und auch die Währungsspekulation würde nicht verschwinden. Aber der größere Euro-Block würde die Spekulation innerhalb des Währungs-

raums beenden und so insgesamt auf den globalen Devisenmärkten beruhigend wirken. Gegen die finanziellen Instabilitäten auf globalen Geld- und Kapitalmärkten gibt es im Prinzip zwei Maßnahmen: Man kann Währungsräume integrieren und auf diese Weise spekulative Bewegungen zwischen den integrierten Währungen unterbinden. Dies ist der Weg seit Maastricht. Oder man muß die Währungsräume »segmentieren«, also Kapitalbewegungen zwischen ihnen verteuern. Diesen Weg schlägt James Tobin vor. Auf Währungstransaktionen soll eine Steuer erhoben werden, um kurzfristige Kapitalbewegungen unrentabel zu machen. Die beiden Wege schließen sich keineswegs aus, beide verdeutlichen, daß die deregulierten und daher hoch spekulativen Finanzmärkte der politischen Regulation bedürfen.

Drittens müssen die Wirkungen der autonomen Kapitalbewegungen und der dadurch ausgelösten »Volatilität« (Verletzlichkeit) der Währungen für die »Wettbewerbsfähigkeit« von »Standorten« in Betracht gezogen werden. Die Kurzfristigkeit und Volatilität von Währungsbewegungen, der Mangel an Erwartungssicherheit, die erratischen Schwankungen des intermonetären (Kurse) und intertemporären Preises (Zinsen) des Geldes und des Kapitals sind keine guten Voraussetzungen für die Ausbildung von ökonomisch-politisch-gesellschaftlichen Netzwerken stabiler nicht-marktmäßiger Beziehungen zwischen Marktakteuren. Da hilft auch keine Beschwörung einer »Angleichung der 'Finanzkultur'« (Deutsche Bundesbank 1993: 95), einer europäischen »Stabilitätskultur« (Finanzminister Waigel auf dem Treffen von York im März 1998). Die stabilen Netzwerke aber wären entscheidend für die Erzeugung von Verhältnissen »systemischer Wettbewerbsfähigkeit« eines räumlich eingegrenzten Akkumulationssystems. Diese freilich kann durch autonome, von den realen Verhältnissen abgekoppelte Kapitalbewegungen mit ihren Einflüssen auf Zinsen und Wechselkurse unterminiert werden. Die handelspolitisch angestrebte real-ökonomische Wettbewerbsfähigkeit (und nur diese ist dauerhaft) ist unter Bedingungen der unregulierten Währungskonkurrenz monetär nur schwer abzusichern. Die Kursbewegungen folgen allenfalls in der langen Frist den Kaufkraftparitäten, in denen sich Produktivitätsdifferenziale, Inflation und die Kostenwirksamkeit von Systemen der industriellen Beziehungen widerspiegeln, also jene etwa von Prognos identifizierten Standortfaktoren (Qualifikation, Produktionskosten, Infrastruktur und institutionelle Rahmenbedingungen, vgl. Walwei/Werner 1993: 60ff).

Wenn die »systemische Wettbewerbsfähigkeit« Westeuropas insgesamt – etwa durch die im »Weißbuch« der Kommission vom Dezember 1993 vorgesehene Errichtung transeuropäischer Netze und die anderen darin angesprochenen Maßnahmen (Weißbuch 1993) – verbessert werden soll, dann wird kein Weg daran vorbeiführen, die Währungskonkurrenz zwischen den zum »System« gehörigen Währungsgebieten durch Bildung einer Wäh-

rungsunion aufzuheben. Die Alternative wäre, die Herstellung der »systemischen Wettbewerbsfähigkeit« auf die je existierenden nationalstaatlichen Währungsräume zu beschränken, also der integrationspolitischen Vertiefung in der EU eine Absage zu erteilen. Konsequenterweise argumentieren die Protagonisten der »systemischen Wettbewerbsfähigkeit« (Eßer u.a. 1994) für den Nationalstaat als Einheit systemischer Wettbewerbsfähigkeit, also unter der impliziten Annahme, daß das mit den strukturellen Bedingungen der Wettbewerbsfähigkeit auszustattende »System« identisch mit dem nationalstaatlichen Währungsraum sei. Unter dieser rigiden Einschränkung können die standorttheoretischen Annahmen von den mikro-, makro-, meso- und metaökonomischen Bedingungen vergleichsweise problemlos diskutiert werden. Zwar sei der Wechselkurs »die strategische Variable, die darüber entscheidet, ob eine Volkswirtschaft in der Lage ist, die für die Errichtung international wettbewerbsfähiger Industrien erforderlichen makroökonomischen Rahmenbedingungen zu schaffen« (Eßer u.a. 1994: 26), doch diskutieren die Autoren die wirtschafts- und integrationspolitischen Konsequenzen dieser eher beiläufigen Bemerkung nicht. (Sie fügen ihren Ausführungen nur kommentarlos eine Fußnote mit einem längeren Zitat von James Tobin aus dem Human Development Report 1994 über die nach ihm benannte Steuer auf Kapitaltransaktionen an).

Viertens läßt sich die in der »zweiten Welle der regionalen Blockbildung« (Anderson/Blackhurst 1993) seit den späten 80er Jahren verstärkte Regionalisierung der Weltwirtschaft (vgl. auch Altvater/Mahnkopf 1996) besonders deutlich auf dem Feld der Währungen zeigen, wo sich mittlerweile Yen-, D-Mark- und Dollarräume herausgebildet haben. 48% des Welthandels wird 1992 in US Dollar abgewickelt, 5% in Yen und 31% in den Währungen der 15 EU-Mitglieder. Für alle übrigen rund 180 Währungen in der Welt bleibt ein Rest von etwa 16%. Auf globalen Devisenmärkten wird die Währungskonkurrenz ausgetragen: innerhalb der Währungsblöcke ebenso wie zwischen ihnen. Hier kann der Euro, wenn er denn die Mehrzahl der 15 europäischen Währungen ersetzen sollte, mit dem US Dollar, jedenfalls in quantitativer Hinsicht, gleichziehen. Doch damit ist zur Qualität der neuen Währung nicht viel ausgesagt. Der Dollar ist trotz eines strukturellen Defizits der US-amerikanischen Leistungsbilanz wegen der Sicherheiten, die der Dollar in den Währungsturbulenzen scheinbar bietet, stabil.

In den Jahren 1992 und 1993 kam es zu heftigen Kursbewegungen, ja Krisen von europäischen Währungen, die das EWS zusammenbrechen ließen. An der Jahreswende 1994/95 verlor der mexikanische Peso etwa die Hälfte seines Wertes; Nordamerika war also Schauplatz heftiger Währungskrisen mit Auswirkungen in ganz Lateinamerika (»Tequila-Effekt«). Drei Jahre später 1997/98 ist die asiatische Region von der schwersten Finanzkrise der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts betroffen. Alle drei Währungsräume,

der Euro-, der Dollar- und der Yenraum sind also in diesem Jahrzehnt von Währungskrisen betroffen. Die zur Währungsstabilisierung jeweils bewegten Kredite der internationalen Institutionen sind von Krise zu Krise angestiegen. 1976 stellte der IWF kurzfristig 4 Mrd. Dollar zur Verfügung, um das britische Pfund zu retten. In der mexikanischen Finanzkrise 1994/95 mußten fast 50 Mrd. Dollar bewegt werden, um die Krise einzudämmen. In der Asien-Krise 1997/98 erreichen die Kredite an Thailand, Süd-Korea, Indonesien an die 100 Mrd. Dollar. Die Währungsräume sind also weder in sich stabil, noch sichern sie stabile Kurse untereinander. Die »finanziellen Instabilitäten« können auch durch regionale Integration nicht völlig aufgehoben werden. Doch die Regionalisierung macht es einfacher, die Krisen kurzfristig durch schnelle und hohe Kreditvergabe zu dämpfen.

USA, Japan und die EU: Relatives ökonomisches Gewicht und relativer Gebrauch der Währungen (in Prozent)

	USA	Japan	EU
<i>Relatives ökonomisches Gewicht</i>			
Anteil am Weltsozialprodukt 1996	20,7	8,0	20,4
Anteil an den Exporten (ex-intra- EU) 1996	15,2	6,1	14,7
<i>Anteile der Währungen</i>			
Welthandel 1992	48,0	5,0	31,0
Anleihen, Sept. 1996	37,2	17,0	34,5
Verschuldung der Entwicklungsländer, Ende 1996	50,2	18,1	15,8
Währungstransaktionen, April 1995	41,5	12,0	35,0
Globale Währungsreserven, Ende 1995	56,4	7,1	25,8

Quelle: IWF, *World Economic Outlook*, Oct. 1997: 71

Ein europäischer Basiskonsens über die Währungsunion?

Damit eine Währungsunion funktionieren kann, muß, dies lehrt die Geschichte, auf die in jüngster Zeit Vertreter der Deutschen Bundesbank immer wieder verweisen, ein Minimum an politischer Gemeinsamkeit in der mit einer Währung vereinheitlichten europäischen Gesellschaft gegeben sein. Damit das gemeinsame Geld reguliert werden kann, müssen Regeln und Verfahren der Legitimation einer europäischen Zentralbank, die ja ab 1999 in Funktion tritt, etabliert werden, gerade wenn sie gemäß dem Modell Bundesbank gegenüber politischer Beeinflussung autonom und gegenüber den Anforderungen der Märkte responsiv sein soll. Das »unpolitische Geld«, für das sich Tietmeyer stark macht, verlangt klare politische Regeln. In diesem Zusammenhang ist es fatal, daß der politische Konsens über die monetäre Integration lediglich als *monetäre Konvergenz* gemessen wird. Dabei wird in Kauf genommen, daß die Erzeugung monetärer Konvergenz mittels

einer par force-Politik größere *politische und soziale Divergenzen* zwischen Ländern, aber vor allem zwischen Regionen Europas und sozialen Schichten der europäischen Bevölkerung bewirken. Das Resultat der Wirkungsweise der Währungsunion könnte ihre politischen Voraussetzungen unterminieren (vgl. dazu Altvater/Mahnkopf 1993). Europaweite, ja globale Mobilität des Geldkapitals der Geldvermögensbesitzer, Unterschiede der Produktivitätsniveaus und Standortkonkurrenz mit Lohnkosten – das kann im platonischen ökonomischen Modell funktionieren, nicht aber in der europäischen Realität. Es wird Sprengstoff gelegt, der, wenn er zünden sollte, nationalistischen und regionalistischen Tendenzen eine neue Schubkraft verleihen und das europäische Projekt der Einigung erschweren oder gar zurückwerfen könnte. »Wer von Politik nicht reden will, soll vom Euro schweigen« (Jean Pierre Chevenement in: FAZ 17.1.1997). Denn es geht nicht nur um monetäre Kriterien, die für die Bildung der Währungsunion gesetzt werden, um ein Minimum an monetärer Konvergenz zwischen den Mitgliedern zu garantieren. Geld ist das »wahre Gemeinwesen«, formulierte Marx und eine europäische Währungsunion ist folglich immer auch die Konstituierung eines neuen europäischen Gemeinwesens. Daß die Herstellung der Währungsunion ein politisches Projekt ist, kann nicht umgangen, es kann nur verdrängt werden.

Dies wird schon vor der Währungsunion im Bereich der Tarifpolitik deutlich: »Der Übergang zum europäischen Binnenmarkt wie auch die marktwirtschaftliche Öffnung Osteuropas ändern den Rahmen für die Tarifpolitik. Kapital wird mobiler, so daß sich die Tarifpolitik stärker als je zuvor in den Wettbewerb der Standorte eingebunden sehen wird« (SVR Jahreshgutachten 1991/92: 196). Diese Formel, unmittelbar nach dem Maastricht-Vertrag ausgearbeitet, wird bis heute verwendet. Der herrschende »ökonomische Sachverstand« hat nur orthodoxe Antworten parat, die der politischen Dimension nicht Rechnung tragen: Die Arbeitsmärkte und Systeme der Lohnfindung müßten weiter »flexibilisiert« werden, und wenn dies in Europa nicht »in ausreichendem Maße« geschehe, dann müsse man eben die Einführung der Währungsunion verschieben (Horst Siebert, FT 13.2.98). Da flexible Wechselkurse keine nationalen Währungsräume mit je nationalem Zins- und Preisniveau bilden und abgrenzen, werden Lohnkosten im Wettbewerb entscheidende strategische Variablen mikroökonomischer Unternehmensentscheidungen und makroökonomischer Politik. Die Wechselkurse gleichen nicht mehr wie eine »Schleuse« die wirtschaftlichen Niveaus verschiedener Länder aus. Daher erhalten die Lohn- und anderen Arbeitskosten die Schleusenfunktion – und die Gewerkschaften müssen die Rolle des Schleusenwärters übernehmen. Sie wären für das reibungslose Funktionieren des europäischen Binnenmarktprojekts (haupt)verantwortlich. Als »intermediäre Institution« müßten die Gewerkschaften zwischen Mitglie-

derinteressen und gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen nun europaweit über die gewohnten und vertrauten nationalen Institutionen hinaus modernisieren, auf einer Ebene also, auf der noch nicht einmal angemessene Organisationsformen etabliert sind, geschweige denn so etwas wie Routine entstanden wäre. Ein europäischer Basiskonsens wird durch solche ökonomisch begründeten Zumutungen unterminiert, sofern er in Zeiten der »Euro-phorie« überhaupt existierte. Im »verfluchten siebenten Jahr« nach dem Vertrag von Maastricht hingegen ist »Euro-Skepsis« weit verbreitet. Es ist inzwischen klar geworden, daß für die versprochene Stabilität des Euro der Preis einer harten Austerity-Politik zu zahlen ist. Davon ist kein Teilnehmer-Land ausgenommen. Das Land mit der stärksten Währung in Europa, die BRD, muß die innere und äußere Stabilität der DM verteidigen, und die anderen Länder, bzw. Regierungen von anderen Währungsräumen, müssen folgen. Sie können den Wechselkurs gegenüber Drittwährungen, beispielsweise gegenüber dem Dollar, nicht sinken lassen, wenn die Wettbewerbsfähigkeit und die Leistungsbilanz dies verlangen, solange die Bundesbank nicht mitzieht. Die Konsequenz ist eine Entpolitisierung der Wirtschaftspolitik, da ihr nur bleibt, den Marktsignalen möglichst schnell und reibungslos zu folgen. Darin steckt eine beträchtliche Gefahr für die Demokratie. Denn demokratische Entscheidungsverfahren sind an das Territorium gebunden und sie brauchen ihre Zeit. Dieses Erfordernis ist mit dem Zeit- und Raumregime der Geld- und Kapitalmärkte jedoch kaum kompatibel.

Der restriktive wirtschaftspolitische Kurs wird über den Kanal des EWS weitergeleitet und erzwingt eine Anpassung der Wirtschaftspolitik der anderen Länder. Wenn dies an Grenzen stößt, geraten Währungen unter Druck. Das Europäische Währungssystem funktionierte daher nur so lange, wie die Mitgliedsländer in der Lage waren, die restriktiven Stabilitätsvorgaben der Ankerwährung DM und der die DM regulierenden Institution zu befolgen, bzw. so lange wie die (einigungsbedingte) restriktive Zinspolitik der Bundesbank keine Überforderung anderer Länder darstellte. Die Mitgliedsländer des EWS, müßten »stets darauf achten, daß... nicht der Versuch unternommen wird, an sich überhöhte Wechselkurse auf Kosten der Stabilitätspolitik von Partnern zu verteidigen« (Deutsche Bundesbank 1986: 269). Selbst nach der deutsch-deutschen Währungsunion von 1990, als von einem Jahr auf das andere der Überschuß der Leistungsbilanz (1989: +106,5 Mrd. DM) geschwunden ist (1991: -30 Mrd. DM) und die BRD zu einem Kapitalimport-Land (1989: Kapitalexporte von 134,7 Mrd. DM; 1991: Kapitalimporte von 20,2 Mrd. DM) wurde, ist die DM nicht geschwächt worden. Ihr Außenwert stieg bis 1995 gegenüber dem Dollar und innerhalb des EWS gegenüber allen Währungen (Pfund, Lira, Krone etc.), deren Kurs nicht quasi an der DM fixiert war (österreichischer Schilling, holländischer Gulden, französischer Franc). Nur gegenüber dem Yen und dem Schweizer

Franken hat die DM in dieser Zeit verloren. So wurden in der Spekulationskrise von 1993 nicht die DM, sondern Pfund Sterling, schwedische Krone und Lira über die Leitplanken der erlaubten Kursdivergenzen innerhalb des EWS geschleudert. Man hat die Bandbreiten des Wechselkursmechanismus des EWS (+/- 15%) dann so weit definiert, daß von einem regionalen Fixkurssystem nicht viel übrig geblieben ist.

Das EWS und die durch den Wechselkursmechanismus erzwungene Stabilitätspolitik ist ohne Zweifel mitverantwortlich für die hohe Arbeitslosigkeit in der EU; dieser Sachverhalt wird im übrigen vom Weißbuch der EU-Kommission (1993) bestätigt. Denn die verlangte Wechselkursstabilität bei mangelnder realökonomischer Konvergenz zwingt zu geldpolitischen Restriktionsmaßnahmen, die den ökonomischen Motor abwürgen können. Die Zwänge zur Stabilisierung der Währungen sind noch einmal durch die Maastricht-Indikatoren erhöht worden. Der Euro, so heißt es gebetsmühlenhaft, muß so stabil wie die DM sein. Warum eigentlich in Zeiten, die eher durch deflationäre Tendenzen als durch Inflationsgefahren gekennzeichnet sind? Die Antwort lautet: Auf den globalen Währungsmärkten entscheidet die Stabilität über die Güte der Ware Währung, über ihre Attraktivität für Geldvermögensbesitzer und daher über die Richtung der globalen Kapitalströme. Davon möglichst viel in die EWWU zu lenken, wird zum impliziten politischen Ziel. Der notwendige politische Basiskonsens bleibt auf der Strecke.

Der Klassencharakter der Konvergenzindikatoren

Wegen der entscheidenden Bedeutung der Kapitalbewegungen für die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik sehen die Konvergenz-Kriterien von Maastricht nur monetäre Größen vor: Die Verschuldung des öffentlichen Sektors darf nicht höher als 60% des nominalen Bruttoinlandsprodukts sein; der Haushaltssaldo des öffentlichen Sektors darf nicht mehr als 3% des nominalen Bruttoinlandsprodukts beanspruchen, die Inflationsrate (gemessen an den Verbraucherpreisen) darf nicht mehr als 1,5 Prozentpunkte über dem Preisanstieg der drei preisstabilsten Länder liegen, und die Renditen langfristiger Staatsschuldverschreibungen dürfen nur um 2 Prozentpunkte höher sein als der Durchschnitt der drei preisstabilsten Länder. Da kommen ein Indikator wie die im äußersten Fall zu tolerierende Arbeitslosenrate oder ein Kriterium, das sich auf ökologische Nachhaltigkeit bezieht, nicht vor. Dies liegt an der neoliberal inspirierten Hoffnung, daß stabiles Geld für das Funktionieren einer Marktwirtschaft ausschlaggebend sei und Märkte, so sie denn gut funktionieren, die besten Mechanismen zur Behebung der Arbeitslosigkeit oder zur Einhaltung ökologischer Konditionen bieten würden.

Es ist jedoch nicht so, und dafür sind die Konvergenz-Kriterien selbst verantwortlich. Zunächst ist die Entwicklung der Indikatoren im historischen Verlauf zu betrachten. Die Indikatoren der Verschuldung (Haushaltsdefizit und Stand der Verschuldung in Verhältnis zum BIP) sind besonders wichtig:

Öffentliche Bruttoverschuldung und Nettozinszahlungen (in Klammern) in Prozent des BIP (1981-1997)

	1981	1991	1995	1996	1997
USA	36,2 (1,5)	59,6 (2,2)	63,1 (2,1)	63,1 (2,0)	61,5 (1,9)
Japan	54,2 (1,2)	59,3 (0,5)	78,4 (0,6)	82,6 (0,9)	86,7 (1,0)
Deutschland	35,0 (1,6)	44,4 (2,0)	62,2 (3,2)	64,9 (3,1)	65,1 (3,3)
Frankreich	30,1 (1,2)	41,0 (2,5)	60,1 (3,5)	63,0 (3,6)	64,6 (3,4)
Italien	60,3 (4,9)	108,4 (9,0)	124,3 (10,1)	123,7 (9,5)	122,2 (7,2)
UK	54,5 (3,3)	40,6 (2,1)	59,7 (3,0)	61,2 (3,0)	60,8 (2,6)
Kanada	44,7 (2,3)	79,4 (5,1)	100,5 (5,8)	100,3 (5,3)	96,7 (4,8)
G7	42,3 (1,8)	59,6 (2,5)	71,4 (2,5)	72,7 (5,3)	72,6 (2,6)
EU	43,7 (2,5)	60,5 (3,9)	77,0 (5,0)	78,3 (4,4)	77,7 (4,1)
OECD	41,7 (1,8)	58,4 (2,6)	70,0 (3,0)	71,1 (2,7)	70,7 (2,6)

Quelle: OECD *Wirtschaftsausblick*, Dezember 1997, A 36, A 37

Vor allem die Bruttoverschuldung steigt im historischen Verlauf. In der EU erreicht der Wert 1981 gerade 43,7%. Im Jahr des Vertragsabschlusses von Maastricht sind 60,5% erreicht. Möglicherweise ist deshalb der Referenzwert gewählt worden, weil er den tatsächlichen Verhältnissen entsprach. Im Jahre 1997 aber hat sich die Verschuldung auf fast 80% erhöht. Auch das Haushaltsdefizit steigt in beinahe allen Ländern im historischen Verlauf an. Die Frage muß natürlich gestellt werden, woran dies liegt. Denn nur dann wird es möglich sein, angemessene wirtschaftspolitische Antworten auf die Herausforderungen der Integration zur Währungsunion zu formulieren. Da den Schulden saldenmechanisch Vermögen entsprechen müssen, ergibt sich schon ein erster Teil der Antwort: Die gewachsenen öffentlichen Schulden (in Relation zum BIP) sind die Kehrseite der ebenfalls gewachsenen privaten Geldvermögen, vor allem im Bankensektor. Wenn man also die öffentlichen Schulden »nachhaltig« – also nicht nur auf ein Jahr bezogen sondern dauerhaft – eindämmen will, müssen die privaten Geldvermögen abgebaut werden. Dazu bieten sich zunächst zwei Wege an: *Ers- tens* können Geldvermögensbesitzern attraktive Anlagen offeriert werden. Öffentliche Unternehmen werden also privatisiert. Dieser Weg wird in allen Ländern, in denen noch Reste öffentlichen Eigentums existieren, beschritten. Er ist aber eine Sackgasse, da bekanntlich »das Tafelsilber« nur einmal verschербelt werden kann. *Zweitens* könnte das private Geldvermögen besteuert werden, um es – auch aus Gründen der Verteilungsgerechtigkeit – zu reduzieren. Dieser Weg ist aber erst recht verschlossen, da ja unter Bedingungen der Konvertibilität der Währungen und der Deregulierung

von Finanzmärkten Geldvermögensbesitzer sich auf dem Globus jene »safe havens« suchen können, in denen ihr Kapital sicher ist und zu profitlichen Anlagen ausschwärmen kann. Folglich findet auf den globalisierten Märkten und selbst innerhalb der EU ein Wettbewerb um eine möglichst niedrige Steuerbelastung für mobile Geldvermögen statt.

Wenn in einer solchen Situation äußere Restriktionen der Stabilisierung des Geldwerts durch Begrenzung der öffentlichen Verschuldung gesetzt werden, dann bleibt *drittens* nur der öffentliche Zugriff auf die Masseneinkommen und eine Reduzierung der Staatsausgaben. Die Steuern auf Geldvermögen können nicht erhöht werden, weil sonst Kapitalflucht mit negativen Effekten auf den Wechselkurs und die Inflationsrate (Maastricht-Kriterien) einsetzt. Die Zinsausgaben des Staates – diese betragen 1996 in der BRD immerhin 10,9% der gesamten Staatsausgaben (SVR; nach Bundesbankangaben sind es 16,5%) – können nicht angetastet werden, da sonst Vertrauen in die Kreditwürdigkeit des Staates leiden würde. Folglich steigt der Anteil der Lohnsteuer am Steueraufkommen in der BRD von 32,5% auf 34,5% im Zeitraum 1991 (1. Quartal) bis 1997 (3. Quartal), während der Anteil der veranlagten Einkommensteuer von 6,3% auf 0,75% und der Anteil der Körperschaftssteuer von 4,6% auf 4,0% zurückgehen (Statistische Beihfte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank). Da ist es schon absurd, wenn von neoliberalen Ökonomen Gebühren – etwa für das Studium – mit dem Argument der »sozialen Gerechtigkeit« begründet werden. Den die Basisfinanzierung öffentlicher Einrichtungen liegt inzwischen zu einem größer werdenden Teil bei den Lohnabhängigen. Diese wie jene, die sich als Geldvermögensbesitzer der Steuerbelastung sehr weitgehend entziehen können, nochmals mit Gebühren zu belasten, macht zwar unter den obwaltenden Rahmenbedingungen ökonomischen Sinn, kann aber nur als schreiende Ungerechtigkeit bezeichnet werden. Dies hat unter den Maastricht-Kriterien noch eine besondere Note, weil die Reduzierung des öffentlichen Defizits nur gelingen kann, wenn ein Überschuß im »Primärhaushalt« (ohne Bedienung der Staatsschuld) erzielt wird: also durch Senkung der Sozialausgaben und Erhöhung von Steuern auf Kontrakteinkommen oder Gebühren auf bislang kostenlose Leistungen oder durch Privatisierung und die Erlöse, die damit kurzfristig zu erzielen sind. So können das Sekundärdefizit, also die Ausgaben für Zinsen und Tilgungen der Staatsschuld, finanziert werden.

Wenn also die Zwänge, die sich aus den Maastricht-Kriterien ergeben, akzeptiert werden, steht in der EU ein Umverteilungsprozeß an, der mit Sicherheit nicht ohne schwere soziale Konflikte verlaufen wird. Denn die Arbeitslosigkeit ist unter anderem als Folge der Stabilitätspolitik in fast allen europäischen Ländern gestiegen. Die Arbeitsbedingungen haben sich nicht selten verschlechtert. Wenn in dieser bereits zugespitzten Situation die öf-

fentlichen Sozialleistungen gekürzt werden und gleichzeitig die Menschen merken müssen, daß diejenigen, die über Geldvermögen verfügen, noch begünstigt werden, dann klafft die »Gerechtigkeitslücke« weiter und soziale Auseinandersetzungen werden provoziert.

2002: Die EU an einem Scheideweg

Die Orientierung auf den Weltmarkt schließt strategisch die Stärkung regionaler Wirtschaftsblöcke ein. Diese sind in der »neuen Weltordnung« überall entstanden, in Südamerika (Mercosur) ebenso wie in Nordamerika (NAFTA), in Südostasien (ASEAN-AFTA), im pazifischen Raum (APEC) oder im südlichen Afrika (SADC). Nirgends freilich ist ein Integrationsstadium über die Freihandelszone oder die Zollunion hinaus erreicht worden (vgl. Altwater/Mahnkopf 1996). Nur im westlichen Europa wird der Versuch gemacht, die wirtschaftliche Integration mit der Währungsunion zu »krönen«. Daß nicht alle fünfzehn EU-Mitgliedsstaaten bis 1999 der Währungsunion beitreten, war auch schon vor dem Mai 1998 klar, als die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union endgültig – nach Entgegennahme eines Berichts des Europäischen Parlaments – über die Teilnehmer entschieden. Bislang war die Entwicklung der EWG, dann der EG und schließlich der Europäischen Union (EU), wie seit der Einheitlichen Akte von 1986 der Integrationsraum einheitlich in allen Sprachen bezeichnet wird, durch die Parallelität von Erweiterung (von ursprünglich 6 Mitgliedsländern auf heute 15) und Vertiefung (von der Zollunion zum Gemeinsamen Markt) charakterisiert. Der nächste Integrationschritt jedoch führt für die einen zur Wirtschafts- und Währungsunion, für die anderen bleibt es bei nicht fixierten Kursen, nun auch gegenüber dem Euro-Block, der freilich eine Rolle spielen dürfte wie innerhalb des EWS die DM.

Die EU gerät also an eine Bifurkation. Darüber wird schon seit geraumer Zeit im Zusammenhang mit der Vertiefung bzw. Erweiterung der Integration rasoniert. Schäuble mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Balladur haben jeder auf seine Weise im Sommer 1994 kundgetan, daß die Integration Europas mit verschiedenen Tempi in »variabler Geographie« erfolgen wird, daß es den einen und einheitlichen ökonomischen und monetären Raum in diesem Jahrhundert nicht mehr geben wird, daß sich also innerhalb der EU unterschiedliche Integrationsstrecken auf dem langen Weg zum vereinten Europa bilden müssen, die einen in schneller Kalesche voran, die anderen mit schwerem Bauernkarren hinterher. Balladur sprach von einem »Europa variabler Strukturen« mit einer »im wesentlichen aus Frankreich und Deutschland« bestehenden homogenen Gruppe (Le Figaro, 30.8.1994). Schäubles und der CDU/CSU Thesen waren da konkreter und umrissen einen »Kern des festen Kerns«, wie bei Balladur bestehend aus

Deutschland und Frankreich. Der feste Kern um den Kern herum wird von den Benelux-Staaten gebildet, obwohl das Dokument hier vieles offen läßt. »Der feste Kern hat die Aufgabe, den zentrifugalen Kräften in der immer größer werdenden Union ein starkes Zentrum entgegenzustellen« (zit. nach Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 64 vom 9.9.1994: 4). Aber auch John Major hatte bereits im Frühjahr 1993 für ein »multi-track, multi-speed, multi-layered Europe« plädiert (Wall Street Journal, 2./3. 9. 1994; FR, 9.9.1994). In das durch die Maastricht-Indikatoren gebildete Viereck der Konvergenz passen nicht alle Währungsgebiete. Die Deutsche Bundesbank wollte mit möglichst harten Bedingungen eine Erfahrung wie mit der deutschen Währungsunion vom Juli 1990 wegen der zu erwartenden hohen finanziellen Transfers vermeiden; dies hatte sie bereits im Oktober 1990 kundgetan: »Letzten Endes ist eine Währungsunion... eine nicht mehr kündbare Solidargemeinschaft, die nach aller Erfahrung für ihren dauerhaften Bestand eine weitgehende Bindung in Form einer umfassenden politischen Union benötigt... In der gesamten Gemeinschaft bestehen jedoch noch immer tiefsitzende und zum Teil sogar wieder zunehmende Divergenzen... Die Ursachen hierfür liegen in den meisten Fällen nicht so sehr in vorübergehend wirksamen Faktoren, sondern vor allem in beträchtlichen Unterschieden in den institutionellen Strukturen, den wirtschaftlichen Grundorientierungen sowie den Verhaltensweisen der Tarifpartner...« (Monatsbericht Oktober 1990: 41ff).

Die Bundesbank argumentierte unter integrationstheoretischen Aspekten »ökonomistisch«: eine Währungsunion sollte die ökonomische, soziale und politische Konvergenz »krönen«. Der »monetaristische« Kraftakt, mit der Währungsunion die ökonomische Konvergenz zu erzwingen, hätte zu hohe Finanztransfers innerhalb der Gemeinschaft erforderlich gemacht. Die westeuropäischen Partnerländer hingegen machten den Versuch, mit der Übernahme der harten Bundesbank-Kriterien den Schritt zur Währungsunion zu erleichtern, um so politischen Einfluß auf die im westeuropäischen Währungssystem dominante währungspolitische Institution zu erlangen. Denn der nationalstaatliche geldpolitische Spielraum war durch die rigide Politik der Bundesbank für die Partnerländer so eingeengt, daß ihnen nur noch die »Flucht nach vorn« aussichtsreich erschien (Riese 1992; Marsh 1992). Der Übergang zur EWWU kann also auch als ein Schachzug gegen die in Europa seit Mitte der 70er Jahre dominante Zentralbank interpretiert werden.

Daß monetäre Nachhaltigkeit nur bei entsprechenden Verhältnisse der realen Ökonomie erreicht und bewahrt werden kann, wird in der ökonomischen Debatte zumeist verdrängt oder zu spät zur Geltung gebracht. Delors war klug genug, zu erkennen, daß der Maastricht-Vertrag mit seinen ausschließlich monetären Indikatoren nicht ausreicht, um das Integrationsprojekt Europa zu vervollkommen. Also ließ er zwei Jahre nach Maastricht

1993 das »Weißbuch« folgen, in dem beschäftigungspolitische und sogar ökologische Maßnahmen gebündelt wurden. Doch entweder wurden sie erst gar nicht in Angriff genommen oder sie wurden verwässert. Die Wucht der rein monetären Integration war zu groß und der 1997/98 ausgetragene Wettbewerb zwischen den europäischen Nationen um die Siegespalme bei der Erfüllung der Stabilitätskriterien zu heftig, als daß die Finanzminister, die ihre Stabilitäts-Meldungen wie Sportler den Medien übergaben, daran Gedanken verschwendet hätten.

So kommt die Währungsunion schlecht vorbereitet. In dieser Situation gewinnen die Ökonomen, die heute und nicht schon 1992 vor der Währungsunion warnten (vgl. aber Altvater/Mahnkopf 1993), unverdiente Beachtung, die vorschlagen, an das in ihren Augen *factum brutum* der Währungsunion die Lohnkosten durch Deregulierung und Flexibilisierung anzupassen. Nur so sei zu gewährleisten, daß der Euro so stabil wie die DM werde. In Deutschland haben 155 Ökonomen die von Chevenement angeordnete Politik auf eine bloße Politik der Konsolidierung der Staatshaushalte zurückgestutzt und festgestellt, daß die Haushaltskonsolidierung noch nicht »nachhaltig« genug, folglich der Start der Währungsunion zu verschieben sei, um den beteiligten Regierungen mehr Zeit zur Konsolidierung, also zum Abbau der öffentlichen Schulden und Defizite zu geben (FAZ, 9.2.1998; auch Hankel u.a. 1998). Doch der Mundell'sche optimale Währungsraum kann nicht durch Sozialabbau errichtet werden. Im Gegenteil, soziale Auseinandersetzungen sind vorprogrammiert, die die Konkurrenzfähigkeit nicht gerade positiv beeinflussen und daher negative Folgen für die Leistungsbilanz und für den Euro in der globalen Währungskonkurrenz zeitigen.

Im »alten« DM-Raum, in der »alten« BRD, waren die realen ökonomischen Verhältnisse sehr homogen, sowohl hinsichtlich der Arbeitsproduktivität zwischen den Branchen und Regionen, als auch im Hinblick auf die Arbeitsbeziehungen. Deren Regulierung im »Modell Deutschland« war einer der wichtigsten Faktoren der hohen Wettbewerbsfähigkeit, wenn man von der über Jahrzehnte durchgehaltenen Strategie der Unterbewertung der DM absieht. Im »neuen« DM-Raum, im vereinten Deutschland, kamen bereits Brüche und Divergenzen zum Tragen, die das soziale System starken Spannungen ausgesetzt haben (Mahnkopf 1992). Diese konnten durch hohe Transfers in die neuen Bundesländer gemildert, nie aber beseitigt werden. Im Gegenteil, die Divergenzen sind in den letzten Jahren größer statt kleiner geworden.

In der EWWU sind die realen und sozialen Divergenzen noch größer als zwischen den beiden Teilen Deutschlands, aber es gibt in viel beschränkterem Umfang ausgleichende Transferleistungen. Es ist folglich anzunehmen, daß sie selbst im Falle zunehmender Wanderungen zwischen den Regionen

der an der EWWU teilnehmenden Nationen nicht zusammenschmelzen. Diesem Sachverhalt kann nur mit einer *europäischen Sozialstaatlichkeit* begegnet werden. Diese aber gibt es zum Zeitpunkt der Errichtung der Währungsunion nur in Ansätzen und dann vor allem als »Richterrecht«, ausgearbeitet am europäischen Sozialgerichtshof. Der Euro wird im Jahre 2002 die nationalen Währungen nur ablösen können, wenn nicht nur ein Währungsraum und ein entsprechender ökonomischer Raum der weitgehenden Deregulierung hergestellt werden. Mindestens so wichtig sind die Demokratisierung der europäischen Institutionen und die Schaffung eines europäischen Sozialraums, wohlgerichtet aus Gründen der ökonomischen Effizienz. Dies ist kein normatives Postulat, sondern Schlußfolgerung einer Analyse der Funktionsbedingungen der EWWU. Sie kann scheitern, wenn diese Bedingungen negiert werden. Dies wiederum – und nun folgt eine normative Feststellung – kann nicht im Interesse einer demokratischen und friedlichen Entwicklung Europas liegen. Die EWWU ist zu weit vorangebracht, als daß sie ohne pathologische Rückfälle in nationalistische Positionen gestoppt oder gar vom Wege abgebracht werden könnte. Unmittelbar nach dem Vertrag von Maastricht war diese Option noch gegeben. Heute ist sie nur zu einem Preis zu realisieren, der zu hoch ist. Dies ist der Grund dafür, daß der Verfasser 1992/93 – heftige und böse Kritik provozierend – gegen den Maastricht-Vertrag und die EWWU argumentierte (z.B. Altvater/Mahnkopf 1993), im Jahre 1998 aber die EWWU zu unterstützen auch gegen jene gezwungen ist, die sie in den Zeiten der Euro-phorie für das Nonplusultra einer europäischen Weltordnungspolitik ansahen. Politische Positionen haben ihre Zeit, und wer zu spät kommt, den bestraft bekanntlich das Leben.

Die DM wird also dem Euro weichen. Währungen in diesem Jahrhundert sind selten langlebig. Nur wenige Währungen haben keine Reform über sich ergehen lassen müssen. Eine der wenigen ist beispielsweise der belgische Franc. Vielleicht ist Belgien deshalb so hoch verschuldet, weil es nie den Währungsschnitt, also die Streichung eines Teils der Schulden, gegeben hat. Man wird abwarten müssen, ob es der Euro wie die DM auf 50 Jahre bringen wird. Die DM war nur gegen die erklärte Absicht der Bundesbank zu einer Weltreservewährung aufgestiegen. Sie sollte eher eine nationale Währung sein. Dabei war sie aus historisch einmaligen Gründen, die oben dargelegt worden sind, so erfolgreich, daß sie zu einer regionalen Ankerwährung im westlichen Europa aufstieg. Sie ist im Verlauf von wenigen Jahrzehnten so stark und attraktiv geworden, daß der DM – und der Währungsunion von 1990 – die Hauptrolle bei der deutschen Einigung zukam. In den kommenden Jahren weicht die DM dem Euro. Der Euro ist von Anfang an als Weltwährung, als *Triadenwährung* ausgelegt. Er ist die europäische Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung. Seine

Zukunft wird also erstens davon abhängen, wie sich andere Weltregionen – in Nordamerika, in Asien, wie sich China und Indien, der lateinamerikanischen Subkontinent und Afrika – im neuen Jahrhundert entwickeln. Zweitens hängt die Zukunft der Währungen von der Entwicklung der Weltfinanzmärkte ab, von deren Krisenhaftigkeit. Diese aber kann durch politische Regulation beeinflusst werden, und darauf kommt es an.

Literatur

- Abelshauer, Werner (1983): *Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945 – 1980*, (Suhrkamp) Frankfurt.
- Amin, Samir (1989): Ansätze zu einer nicht-eurozentrischen Kulturtheorie, in: *PROKLA* 75, 97-108.
- Altwater, Elmar (1991): »Soziale Marktwirtschaft« 1949 und 1989. Zum Primat von Ökonomie oder Politik in der Vorgeschichte der neuen Bundesrepublik, in: Blanke, Bernhard/ Wollmann, Hellmut (Hg): *Die alte Bundesrepublik. Kontinuität und Wandel*, Leviathan, Sonderheft 12/1991, (Westdeutscher Verlag) Opladen: 81-105.
- Altwater, Elmar (1992): Die deutsche Währungsunion 1990. Von den Schwierigkeiten der monetären Eingliederung in einen erfolgreichen Wirtschaftsraum, in: Schulz, Werner (Hrsg.): *Entwickeln statt abwickeln*, Berlin: 13-27.
- Altwater, Elmar/ Hoffmann, Jürgen/ Semmler, Willi (1979): *Vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise*, (Olle und Wolter) Berlin.
- Altwater, Elmar/ Hübner, Kurt (1988): Das Geld einer mittleren Hegemonialmacht – Ein kleiner Streifzug durch die ökonomische Geschichte der BRD, in: *PROKLA* 73: 6-36.
- Altwater, Elmar/ Mahnkopf, Birgit (1993): *Gewerkschaften vor der europäischen Herausforderung. Tarifpolitik nach Mauer und Maastricht*, (Verlag Westfälisches Dampfboot) Münster.
- Altwater, Elmar/ Mahnkopf, Birgit (1996): *Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft*, (Verlag Westfälisches Dampfboot) Münster.
- Betz, Karl/ Hausknecht, Andreas (1991): Die wirtschaftlichen Folgen des Helmut Kohl, in: Westphal, Andreas et al. (ed): *Wirtschaftspolitische Konsequenzen der deutschen Vereinigung*, (Campus) Frankfurt/ New York, 46-57.
- Busch, Andreas (1991): Die deutsch-deutsche Währungsunion: Politisches Votum trotz ökonomischer Bedenken, in: Liebert, Ulrike/ Merkel, Wolfgang (Hrsg): *Die Politik zur deutschen Einheit*, Opladen, (Leske): 185-208.
- Eßer, Klaus/ Hillebrand, Wolfgang/ Messner, Dirk/ Meyer-Stamer, Jörg (1994): *Systemische Wettbewerbsfähigkeit. Internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und Anforderungen an die Politik*, Berlin (Deutsches Institut für Entwicklungspolitik).
- Hickel, Rudolf (1992): Der Preis der Einheit. Wirtschafts- und finanzpolitische Alternativen, in: Schulz, Werner (Hrsg.): *Entwickeln statt abwickeln*, Berlin: 201-216.
- Nick, Harry (1994): Schlußrechnung in Sachen Erblast DDR, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 9/ 1994: 1101-1113.